



Wortprotokoll der 74. Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Berlin, den 27. Mai 2020, 11:00 Uhr
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

"Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und
Europa"

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bleser, Peter Durz, Hansjörg Grotelüschen, Astrid Hauptmann, Mark Heider, Dr. Matthias Helfrich, Mark Knoerig, Axel Koeppen, Jens Lämmel, Andreas G. Lenz, Dr. Andreas Loos, Bernhard Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Pfeiffer, Dr. Joachim Rouenhoff, Stefan Stein (Rostock), Peter Willsch, Klaus-Peter	Dött, Marie-Luise Grundmann, Oliver Holmeier, Karl Kemmer, Ronja Körber, Carsten Kruse, Rüdiger Linnemann, Dr. Carsten Mattfeldt, Andreas Möring, Karsten Nicolaisen, Petra Nüßlein, Dr. Georg Pols, Eckhard Ramsauer, Dr. Peter Schweiger, Torsten Steier, Andreas Stetten, Christian Frhr. von Vries, Kees de
SPD	Freese, Ulrich Gremmels, Timon Junge, Frank Katzmarek, Gabriele Mohrs, Falko Poschmann, Sabine Rimkus, Andreas Saathoff, Johann Töns, Markus Westphal, Bernd	Bartol, Sören Jurk, Thomas Kapschack, Ralf Miersch, Dr. Matthias Raabe, Dr. Sascha Scheer, Dr. Nina Schmidt, Uwe Stamm-Fibich, Martina Thews, Michael Weingarten, Dr. Joe
AfD	Chrupalla, Tino Heßenkemper, Dr. Heiko Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Müller, Hansjörg	Bernhard, Marc Espendiller, Dr. Michael Hollnagel, Dr. Bruno Kraft, Dr. Rainer Sichert, Martin Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Houben, Reinhard Klinge, Dr. Marcel Neumann, Dr. Martin Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald Weeser, Sandra	Bauer, Nicole Dassler, Britta Katharina Kulitz, Alexander Reinhold, Hagen Solms, Dr. Hermann Otto Theurer, Michael

* Die unterschriebene Anwesenheitsliste wird dem Originalprotokoll beigelegt und ist während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



DIE LINKE.	Beutin, Lorenz Gösta Ernst, Klaus Lutze, Thomas Meiser, Pascal Ulrich, Alexander	Dağdelen, Sevim De Masi, Fabio Riexinger, Bernd Tatti, Jessica Wagenknecht, Dr. Sahra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dröge, Katharina Janecek, Dieter Müller, Claudia Nestle, Dr. Ingrid Verlinden, Dr. Julia	Badum, Lisa Baerbock, Annalena Bayaz, Dr. Danyal Kotting-Uhl, Sylvia Krischer, Oliver

Sachverständigenliste:

Prof. Dr. Justus Haucap

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)

Prof. Dr. Michael Eilfort

Stiftung Marktwirtschaft

Dr. Volker Treier

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

Prof. Dr. Jens Südekum

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU)

Dr. Andrä Gärber

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Prof. Dr. Max Otte

Unternehmer, Investor und Philanthrop - Ehemaliger ordentlicher Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose an der Universität Graz, ordentlicher Professor a.D. für internationale und allgemeine BWL an der Hochschule Worms

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr

Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Stefan Körzell

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Dr. Patrick Graichen

Agora Energiewende

* Die unterschriebene Anwesenheitsliste wird dem Originalprotokoll beigelegt und ist während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Tagesordnungspunkt 1

"Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa"

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank, dass Sie alle da sind. Das Thema unserer heutigen Anhörung ist „Neustart für die Wirtschaft in Deutschland und Europa“. Insofern nicht das, was wir sonst bei Anhörungen haben, wie einen Gesetzentwurf über den wir dann Sie bitten, mit uns zu sprechen. Wir haben sozusagen im Wege der Selbstbefassung beschlossen, uns mit diesem Thema „Neustart für die Wirtschaft“ zu beschäftigen nach dieser, oder in dieser Zeit von Corona. Wie kommen wir wieder aus dieser misslichen Lage ökonomisch heraus? Das ist sozusagen das Thema, wo wir Sie bitten, Ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Ich begrüße im Einzelnen Sie als Sachverständige und möchte Sie nun einzeln aufrufen, damit wir auch nochmal für das Protokoll alles korrekt haben. Professor Dr. Justus Haucap von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie, ist über die Videokonferenz zugeschaltet. Dann begrüße ich Professor Dr. Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft sowie Dr. Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. und Professor Dr. Jens Südekum von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Herzlich Willkommen heiße ich auch Dr. André Gärber (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.), Professor Dr. Max Otte (Unternehmer, Investor und Philanthrop- ehemaliger ordentlicher Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose an der Universität Graz, ordentlicher Professor a.D. für internationale und allgemeine BWL an der Hochschule Worms) sowie Professor Dr. Gabriel Felbermayr (Institut für Weltwirtschaft). Einen guten Tag auch an Herrn Stefan Körzell vom Deutschen Gewerkschaftsbund und an Herrn Dr. Patrick Graichen von der Agora Energiewende. Damit müssten wir alle haben, ganz genau. Ich begrüße des Weiteren natürlich die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses und für die Bundesregierung Frau Parlamentarische Staatssekretärin Elisabeth Winkelmeier-Becker. Schön, dass Sie da sind. Es nehmen auch weitere Fachbeamte des Ministeriums teil. Ebenfalls begrüße ich über das Parlamentsfernsehen alle die, die uns über diese Einrichtung hören

oder über das Internet zuschauen können. Auch sind Vertreter der Länder und der Medien dabei. Nun zum Ablauf der heutigen Anhörung, die wahrscheinlich für die meisten nichts Neues ist. Wir haben uns in den Fraktionen darauf verständigt, die Anhörung nicht in Themenblöcke aufzuteilen, sondern wir führen sie nach Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen durch. Das bedeutet, wir haben zwei Stunden Zeit und wir sind deshalb angewiesen auf ein relativ strenges Regime. Das läuft so ab, dass jeder Abgeordnete der Reihe nach von mir aufgerufen wird und für Frage und Antwort 4 Minuten zur Verfügung stehen. Natürlich gilt, je kürzer die Frage, desto länger die Antwort. Wichtig ist, dass die Abgeordneten zu Beginn Ihrer Ausführungen sagen, an wen Sie die Frage richten und ich werde dann den, an den die Frage gerichtet ist, aufrufen, so dass wir für das Protokoll alles wirklich korrekt haben. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. So, damit habe ich, glaube ich, alles gesagt und nichts vergessen. Wir beginnen mit unserer Anhörung und Kollege Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU, hat das Wort.

Abg. **Dr. Joachim Pfeiffer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Eilfort und an Herrn Professor Dr. Haucap. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion ist grundsätzlich Folgendes anzumerken: Wenn es jetzt an den Neustart geht, brauchen wir ein Wachstumsprogramm, was in gleichem Maße die Angebots- und die Nachfrageseite adressiert und auch die Märkte in ihrer Gesamtheit, also den Arbeitsmarkt, die Güter- und Finanzmärkte mit strukturellen Reformen verbindet. Ich würde gerne von Ihnen hören, wo Sie hier die grundsätzlichen Stellschrauben sehen und, sofern Sie auch konkrete Maßnahmenvorschläge haben, wie wir diese in das Wachstumsprogramm dann integrieren sollten.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wenn zwei Fragen, also je eine Frage an zwei Sachverständige gestellt werden, dann teilen Sie sich bitte die Redezeit auf. Ich greife nicht ein, damit alle zu Wort kommen. Als erstes Herr Professor Dr. Eilfort bitte.

SV **Prof. Dr. Michael Eilfort** (Stiftung Marktwirtschaft): Herr Vorsitzender, ein Strukturprogramm ist bei allem was wir machen das Allerwichtigste.



Das Notfallprogramm war gut als akute Soforthilfe für alle. Die Notfallmaßnahmen waren nicht mit einer Lenkung verbunden, kurzfristig eingesetzt und zeitlich befristet. Wir sind jetzt in der Diskussion über ein Konjunkturprogramm. Hier läuft aus meiner Sicht das Retten etwas aus dem Ruder, weil wir uns in einem Wettlauf befinden um Gießkanne und Branchensubventionen. Die Busse sind gerade auch wieder draußen am Umherfahren. Insofern ist aus meiner Sicht das Wichtigste bei allen Maßnahmen zu fragen, wie können wir mit möglichst wenig finanziellen Mitteln für die Zukunft der jungen Generation möglichst viel erreichen, und was hilft wirklich in der Breite den Menschen und nicht, was hilft der Politik insgesamt oder was hilft den Verbänden. Das ist, glaube ich, ein bisschen zu wenig beachtet worden bei manchen Diskussionen der letzten Tage. Ein Strukturprogramm ist also das Allerwichtigste. Ein konkreter Punkt ist die Energiewende. Bei den Energiekosten wird das eine oder andere zu tun sein. Auch müssen wir noch wesentlich mehr tun, als wir schon getan haben, für Innovationen. Bildungschancengerechtigkeit ist ein zentrales Thema, also den Aufstieg befördern und ganz konkret müssen wir auch bei den Steuern, wie der Unternehmensbesteuerung, aktiv werden. Ich will jetzt nicht von der großen Reform reden, die auch sinnvoll wäre, aber wenigstens könnte die Verlustverrechnung ausgeweitet werden. Dies würde konkret den Unternehmen helfen, die grundsätzlich gut aufgestellt sind, die auch schon in normalen Zeiten Gewinne gemacht haben, weil es denen Liquidität verschafft und weil es ganz gezielt und über alle Branchen hinweghilft. Mein Credo ist, keine Branchensubvention, sondern Hilfe für alle. Das sind jetzt schon einige konkrete Punkte. Es ist wichtig, wegzukommen von Branchenhilfen und von der Gießkanne und hinzukommen zu gezieltem Mitteleinsatz und zu Strukturmaßnahmen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Professor Dr. Haucap, bitte.

SV Prof. Dr. Justus Haucap (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie): Danke, Herr Abg. Dr. Pfeiffer, für die Frage. Ich möchte drei Punkte anführen. Der eine Punkt ist tatsächlich eine Reform der Un-

ternehmensteuer, auf die der Kronberger Kreis bereits hingewiesen hat. Eine Verbesserung der steuerlichen Verlustverrechnungsmöglichkeiten wäre sicherlich jetzt im Zuge der Krise gut, weil sie insbesondere Unternehmen, die schon Gewinne gemacht haben, Liquidität verschafft. Da wir im OECD-Quervergleich so ein bisschen den Anschluss verloren haben, haben wir uns auch ausgesprochen für eine Senkung der Körperschaftsteuer auf 10 Prozent. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Senkung der Energiepreise. Hier gibt es Vorschläge, auch vom Sachverständigenrat, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu begrenzen und auch die EEG-Abgabe abzusenken. Das fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, hat aber auch für private Haushalte, insbesondere für diejenigen mit geringem und mittlerem Einkommen, aufgrund der degressiven Ausgestaltung von Energiesteuern eine sehr positive Wirkung. Und der dritte Punkt bezieht sich auf ein Mehr an Investitionen. Von staatlicher Seite bietet sich an, deutlich stärker als bisher im Bereich der Digitalisierung zu investieren bzw. Investitionen zu fördern, sowohl in digitale Infrastrukturen, im Bereich der staatlichen Verwaltung (E-Government), im Gesundheitswesen (E-Health) sowie im Bereich der Bildung (E-Learning). Das sind Querschnittsthemen im Bereich der Digitalisierung, wo gerade Deutschland, wenn man insbesondere an den Gesundheitsbereich denkt, im europäischen Quervergleich hinterher hinkt.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Professor Dr. Haucap. Als nächstes spricht Herr Abg. Westphal, bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, die Herren Sachverständigen, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Wir haben als SPD den Anspruch, dass sich das Parlament in so einer tiefgreifenden Krise mit Sachverständigen auseinandersetzt und Ideen entwickelt und dies nicht allein der Regierung überlässt. Deshalb richte ich meine Frage an Professor Dr. Südekum. Natürlich muss sowohl die Nachfrage mit verschiedenen Instrumenten als auch die Investitionen privater und öffentlicher Natur gestärkt werden. Dies gilt aber eben auch für den Transformationsprozess. Wir haben die Herausforderungen mit der Digitalisierung und dem Klimawandel. Wo würden Sie die Schwerpunkte sehen? Wir



haben sicherlich eine gute, industrielle Struktur in Deutschland, insbesondere mit dem Mittelstand, aber wo würden Sie jetzt wirklich Aufbaupotentiale sehen? Wo müssen zielgerichtet die Hilfsmaßnahmen ansetzen?

Der Vorsitzende: Herr Professor Dr. Südekum, bitte.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf): Ja, vielen Dank, Herr Abg. Westphal, für die Frage. Zunächst möchte auch ich unterstreichen, dass das Konjunkturprogramm nicht mit der Gießkanne und auch nicht mit Sektor spezifischen Subventionen nach dem Prinzip, wer am lautesten schreit, bekommt das meiste Geld, ausgestaltet werden sollte. Es muss aus meiner Sicht nach einer doppelten Dividende gesucht werden. Wir brauchen einerseits einen konjunkturellen Stimulus und wir brauchen, wie Herr Abg. Westphal richtig sagte, jetzt eben auch gezielte, transformative Ansätze. Das heißt, der Kern des Konjunkturprogrammes sollten Investitionen sein. Investitionen in eine langfristige Transformation der Volkswirtschaft. Mit Investitionen meine ich öffentliche wie private Investitionen, und die Stichworte sind genannt. Digitalisierung und Klimaschutz sind aus meiner Sicht die beiden zentralen Themen. Das waren ja auch Diskussionen, die wir schon weit vor der Corona-Krise geführt haben und die auch zu tun haben mit einem sich dramatisch verändernden globalen Umfeld, sich ändernden globale Wettbewerbssituationen, insbesondere wegen des Systemwettbewerbs zwischen China und den USA. Die deutsche Volkswirtschaft, die eben stark auf die Industrie fokussiert ist, muss auf bestimmte Industriezweige ihre Wettbewerbsvorteile sichern und ausbauen. Das geht nur durch gezielte Investitionen, insbesondere in Forschung und Entwicklung und Investitionen an der Schnittstelle von Forschung und Anwendung und Produktion. Das muss das absolut Zentrale sein. Staatliche Investitionen haben den Vorteil, dass sie sehr zielgerichtet sind. Das heißt, man kann genau diese Transformationsagenda zielgenau ausgestalten. Sie brauchen aber Zeit, und deswegen ist mein dringendes Plädoyer, dass man bereits jetzt, auch wenn man vielleicht noch nicht direkt mit dem Konjunkturprogramm anfangen kann, weil ja weiterhin Beschränkungen bestehen, dass man mit den Planungen dennoch

jetzt beginnt. Wir wissen, dass es bei Investitionen immer Planungsvorläufe bzw. Genehmigungsverfahren gibt und immer eine zeitliche Verzögerung dabei ist. Deswegen muss man jetzt ganz schnell beginnen. Und abschließend zum Thema „private Investitionen“. Das ist die entscheidende Brücke. Es gibt mittlerweile die gesicherte Evidenz, dass private und öffentliche Investitionen in einem komplementären „Crowding-in-Verhältnis“ stehen. Also je mehr öffentliche Investitionen zielgerichtet greifen, desto mehr private Investitionen schließen sich an und die Anreize, die da gesetzt werden, müssten aus meiner Sicht eben auch zielgenau sein. Wir haben jetzt nicht mehr die öffentlichen Mittel, pauschale Steuersenkungen zu finanzieren mit dem Prinzip Hoffnung, dass daraus dann die weiteren Investitionen folgen, sondern die Instrumente, die eingesetzt werden, müssen zielgenau sein und tatsächlich private Investitionen auch anreizen. Der Verlustvortrag ist ein Instrument, ein anderes Instrument wären verbesserte Abschreibungsbedingungen. Eine effektive Steuerentlastung sollte nur dort anfallen, wo die Unternehmen auch tatsächlich investieren. Wir haben jetzt kein Geld und keine öffentlichen Mittel, eine breite Steuersenkung zu machen und dann darauf zu hoffen, dass diese Entlastung dann auch für mehr Investitionen genutzt wird, und nicht für eine Unternehmenssparsnis und erhöhte Gewinne. Von daher, das ist abschließend mein Plädoyer, eine Investitionsagenda ist erforderlich, öffentlich wie privat mit einem Transformationsgedanken und dem Schwerpunkt der Digitalisierung und des Klimaschutzes. Und nochmal, es wird dauern, das zu planen und die Genehmigungsprozesse in Gang zu setzen. Deswegen muss das zügig beginnen, sofort. Damit wir dann starten können, sobald wir die Phase, in der wir jetzt sind, verlassen haben, wo ja noch Beschränkungen in der Wirtschaft bestehen, wo die Wertschöpfungsketten noch nicht wieder hundertprozentig intakt sind. Jetzt gerade lassen sich wahrscheinlich viele Dinge noch nicht so sofort umsetzen, aber der Tag wird kommen und dann müssen quasi die Investitionsprojekte auch zur Verfügung stehen, um schnell starten können. Und deshalb besteht ein sofortiger dringender Handlungsbedarf. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Danke. Ich würde Sie wirklich bitten, selbst ein bisschen auf die Uhr zu achten,



weil Sie ja sonst nicht wissen, wann Sie so zum Ende kommen müssen und ich Sie dann unterbrechen müsste, was ich ungern tun würde. So, als nächstes spricht Herr Abg. Holm, bitte.

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank für diese hochkarätige Runde heute zu diesem Thema. Natürlich besteht hier weitestgehend Einigkeit, dass wir Investitionen brauchen und da richtet sich meine erste Frage an Professor Dr. Otte und an Professor Dr. Felbermayr. Professor Dr. Otte, Sie bringen ja selber ein massives Investitionsprogramm ins Spiel. Wie sollte ein solches Programm Ihrer Meinung nach aussehen? Und an Professor Dr. Felbermayr gerichtet, natürlich kann man Investitionsanreize auch schaffen über steuerliche Vergünstigungen. Sie haben ja einige Dinge ins Gespräch gebracht, also eine Reform der Energiesteuer, Absenkung der Stromsteuer auf das Minimum, Ausstieg aus der EEG-Umlage und auch die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages. Könnten Sie das vielleicht nochmal erläutern? Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Danke. Als erstes Herr Professor Dr. Otte mit der Bitte, sich die Frage mit Herrn Professor Dr. Felbermayr zu teilen.

SV **Prof. Dr. Max Otte** (Unternehmer, Investor und Philantroph – Ehemaliger ordentlicher Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose an der Universität Graz, ordentlicher Professor a.D. für internationale und allgemeine BWL an der Hochschule Worms): Ich mache es sehr kurz. Vor 8 Jahren war ich von der SPD eingeladen - und meine Position hat sich seitdem nicht sehr geändert. Wir benötigen auf jeden Fall massive staatliche Investitionen. Der Japanische Staat investiert zum Beispiel 3,8 Prozent des BIP und Deutschland im Vergleich dazu 2,4 Prozent. Auch wurde in den letzten 20 Jahren sträflich der Verstärkungseffekt durch das „Crowding-in“ vernachlässigt, durch den staatliche Investitionen verstärkt private Investitionen nach sich ziehen wird bzw. diese hierfür die Basis sind. Hierunter fallen nicht nur Infrastrukturinvestitionen, wie Investitionen im Bereich Digitales und so weiter, sondern auch laufende Ausgaben für Polizei, Bildung und Wissenschaft. Das sind Ausgaben, die bei einem Pharmakonzern zum Beispiel auch unter laufende Ausgaben fallen, trotzdem

aber zukunftsstärkend sind. Man kann das also gar nicht so eng abgrenzen. Es gibt auch Bereiche der laufenden Ausgaben, die investiven Charakter haben. Ich schließe mich da der Matrix von Daniel Stelter an, die sich am künftigen Wohlstand und an den laufenden Ausgaben ausrichtet. Im „Ist“ weist diese Matrix zum Teil ein Kaputtsparen und zum Teil einen überflüssigen Konsum aus, während das Soll eine intelligente Umschichtung des Konsums und auch Investitionen für die Zukunft vorgibt. Angesichts des dringenden Investitionsbedarfs in Deutschland wären sicherlich eine halbe Billion Euro in den nächsten 10 Jahren notwendig. Dieser Betrag ist ja von verschiedenen Stellen geschätzt worden. Wahrscheinlich können wir auch mit Gewinnen noch mehr investieren. Das geht wahrscheinlich natürlich nur schuldenfinanziert.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Felbermayr, bitte.

SV **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr** (Institut für Weltwirtschaft): Ich denke, was wir jetzt brauchen, ist Kurs halten. Wir haben uns vor der Krise bereits verständigt auf Maßnahmen zum Klimaschutz. Ich glaube, was da noch gefehlt hat, ist, dass man auch auf der Kostenseite was getan hat. Darum bin ich sehr dafür, die Stromsteuer auf das europäische Minimum abzusenken, die EEG-Umlage zumindest teilweise in den Bundeshaushalt zu überführen. Ich glaube aber schon, anders als die anderen Kollegen vielleicht sagen, dass wir für die Unternehmen auch etwas tun müssen. Die verlieren zurzeit massiv Eigenkapital. Wir brauchen starke Unternehmen, die aus der Krise heraus investieren können, die auch Beschäftigung halten können. Das bedeutet, dass wir dort mit steuerlichen Maßnahmen helfen können. Eine beschleunigte Abschreibung wäre zum Beispiel eine gute Idee, um die Unternehmen beim Investieren zu unterstützen. Und ich glaube auch, dass es Sinn machen würde, die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages vorzuziehen, vielleicht sogar auf das ganze Jahr 2020. Zumindest sollte die Teilabschaffung, wie sie beschlossen wurde, umgesetzt werden, noch besser eine Vollabschaffung realisiert werden. Hervorzuheben ist, dass der Solidaritätsbeitrag auch eine Unternehmenssteuer ist. In diesem Sinne würde das eine Erleichterung bringen. Herr Professor Dr. Haucap hat schon gesagt, dass



wir im OECD-Vergleich einen Nachbesserungsbedarf haben. Wir sind noch nicht soweit, dass wir eine europäische Harmonisierung haben. So lange das bei der Mindestbesteuerung von Unternehmen nicht der Fall ist, müssen wir, ob wir es nun wollen oder nicht, nachziehen. Sonst verlassen uns die Unternehmen und das wäre für den Standort Deutschland keine gute Sache.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Lenz, CDU/CSU.

Abg. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender, danke an die Experten. Meine Fragen richten sich an den Herrn Dr. Treier und an Herrn Professor Dr. Felbermayr. Herr Dr. Treier, die erste Phase der Krise liegt hinter uns. Können Sie vielleicht einen Einblick in die Unternehmenslagen geben? Wie sieht es denn dort aus, gerade auch im Hinblick darauf, ob die erste Unterstützungswelle erfolgreich war? Auch wäre eine Antwort auf die Frage hilfreich, wie es bei der Betriebskostenentwicklung etc. aussieht? Und an Sie, Herr Professor Dr. Felbermayr, möchte ich die Frage richten, ob Sie vielleicht noch kreativere Instrumente sehen, als die, die Sie genannt haben? Diese Instrumente sind ja aus dem Werkzeugkoffer der Ökonomen und deshalb bekannt. Gibt es vielleicht auch noch etwas, was noch nicht gedacht wird? Sehen Sie das „V“ noch als vorhanden an? Könnten Sie auch einen Ausblick geben, wie schnell die Erholung vonstattengehen wird. Danke.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Treier, bitte.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Es schaut sehr schwierig aus. Seit 2 Monaten befragen wir die deutschen Unternehmen im Inland. Dies zum dritten Mal. Und im Ausland haben wir vor 4 Wochen das einmal gemacht. Mein Bild ist kein wunderbares V, sondern eher ein schräges W. Das hängt so quer drin. Es wird noch Rückschläge bei unseren Unternehmen geben. Anzumerken ist, dass die USA bzw. der amerikanische Kontinent hinterher hinkt. Vor dem Hintergrund der gestörten Lieferketten wird es hier noch zu einem Nachfragethema kommen. Und dann bin ich bei Ihrer Frage. Wir hatten ein exorbitantes, noch nie da gewesenes Liquiditätsproblem in den Unternehmen. Das ist teilweise immer noch da. Deswegen waren

die Nothilfemaßnahmen so wichtig. Die Unternehmen sind ja nicht deshalb in die Krise gekommen, weil wir ein strukturelles, angebotsseitiges oder makro- bzw. mikroökonomisches Problem in unserer Unternehmenslandschaft haben. Das gilt im Übrigen auch für andere Länder Europas. Die Unternehmen sind deshalb in die Krise gekommen, weil es zu Schließungen, Werkschließungen gekommen ist und zwar weltweit, ausgehend von China, und dadurch eine Unterbrechung der Lieferketten entstanden ist. Und diese Unterbrechung der Lieferketten werden wir in der Zukunft auch wieder sehen, wenn die Dinge wieder, wie wir es jetzt erleben, wieder stärker hochlaufen. Warum werden wir das sehen? Weil die Betriebe ein Liquiditätsproblem haben, also Stichwort „Wie finanziere ich Working Capital? Wie finanziere ich Betriebsmittel? Wie existiere ich vom Zeitpunkt des Krisenbeginns bis zu dem Zeitpunkt, wenn es wieder hochgeht?“ Und jetzt sind wir beim Hochlaufen. Wir werden immer stärker von einer Liquiditätskrise zu einer Insolvenzkrise kommen. Nach den Umfragen erwarten etwas weniger als 20 Prozent der Unternehmen in den nächsten Wochen eine drohende Insolvenz. Selbst in der Industrie haben wir 80 Prozent der Unternehmen, die von Umsatzrückgängen ausgehen. Es sind 25 Prozent, die für das Gesamtjahr Umsatzrückgänge von 25 bis 50 Prozent sehen. Knapp 10 Prozent sogar über 50 Prozent. Nur mal zum Verdeutlichen, hier geht es jetzt wirklich an die Substanz und die Überbrückungsmaßnahmen haben sich stark auf das Thema „Kredite“ bezogen. Wir müssen aber jetzt stärker in Richtung Eigenkapital denken. Deswegen ist der Punkt, den Herr Professor Dr. Felbermayr bezüglich der steuerlichen Verlustverrechnung gesagt hat, auch so wichtig. Wir schlagen aber auch vor, dass Unternehmen eine Corona-Rücklage vom zu versteuernden Gewinn absetzen dürfen. Wir müssen auch kleinere Unternehmenssegmente, vor allem im mittelständischen Bereich, wo die Hilfen bislang noch nicht greifen, stärken. Es ist jedenfalls leichter, eine zwischenzeitliche Schließung oder ein Runterfahren von Betrieben zu finanzieren als dann das Hochlaufen.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir leider den Umstand, Herr Professor Dr. Felbermayr, dass Ihnen keine Zeit mehr übrig geblieben ist. Sie werden sicher noch einmal gefragt werden. So, dann spricht von der FDP Herr Abg. Houben bitte.



Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ja, Herr Vorsitzender, das kann ich jetzt direkt sicherstellen, Herr Professor Dr. Felbermayr, ich möchte Sie fragen, was halten Sie eigentlich für wichtiger? Eine Strategie der Öffnung der Gesellschaft und eine Vertrauensbildung durch die Politik oder eher eine Politik von Abwrackprämien und Einkaufsgutscheinen? Und in diesem Zusammenhang die Frage, welche Impulse die Politik darüber hinaus setzen könnte? Herr Abg. Lenz hat das ja auch ein bisschen angesprochen, wie bewerten Sie zum Beispiel das Instrument der negativen Gewinnsteuern?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Dr. Felbermayr.

SV **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr** (Institut für Weltwirtschaft): Vielen Dank, Herr Abg. Houben. Ich glaube schon, dass wir uns von dem symmetrischen V verabschieden müssen. Das V wird bleiben. Es ist nur so, dass der rechte Schenkel viel flacher aussehen wird. Wir glauben schon, dass der Tiefpunkt hinter uns liegt. Das können wir sozusagen aus Statistiken wie Frachtvolumen, Stromverbrauch, Passanzenzahlen in den Städten und so weiter, ablesen. Aber, das Problem, das wir haben, ist in der Tat eines der Zukunftsaussichten. Es ist nicht so, dass zum Beispiel die Haushalte zu wenig Einkommen haben. Deswegen verlangen wir auch keine Programme zur Steigerung der Masseneinkommen. Wir werden im Juli eine massive Erhöhung der Renten für mehr als 20 Millionen Menschen haben. Also das ist, glaube ich, nicht das Problem. Aber die Konsumzurückhaltung in vielen Bereichen hat etwas zu tun mit Zukunftsängsten. Und die sind wiederum an die Arbeitsplätze gebunden und an die Überlebensfähigkeit der Unternehmen, wo die Menschen arbeiten und ihre Einkommen erzielen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir tatsächlich mehr tun für die Solvenz der Unternehmen und das Vertrauen stärken, dass Menschen wissen, es geht mit meinem Unternehmen weiter. Deswegen reichen die Liquiditätshilfen, die wir bisher haben, nicht. Herr Abg. Lenz hat nach kreativeren Instrumenten gefragt. Nach einem Vorschlag des Instituts für Weltwirtschaft sollte bei den Betriebsüberschüssen der Unternehmen angesetzt werden. Das ist das, was überbleibt nach den Umsätzen, wenn man Arbeitnehmerentgelte und die Vorleistungen abzieht. Und diese

Betriebsüberschüsse, meinen wir, sollte der Staat zum Teil ersetzen. Nicht zur Gänze und auch nicht den einzelnen Unternehmen. Da brauchen wir eng definierte Branchen, damit die Unternehmen selber noch Anreize haben, Umsätze zu generieren, aber da müssen wir ansetzen. Das inkludiert auch andere Posten, die bisher nicht berücksichtigt werden in den diversen Programmen, zum Beispiel auch der Unternehmerlohn. Wir haben Ersatzleistungen für viele Bevölkerungsgruppen, außer für die Selbstständigen und für die Unternehmer, die im Risiko stehen und wenn wir das Eigenkapital in den Unternehmen stärken wollen, dann brauchen wir Instrumente, die dort ansetzen. Da reicht auch nicht, was im Gespräch ist, zum Beispiel aus dem Bundeswirtschaftsministerium zum Thema Überbrückungsprogramm. Das ist auch wieder nur auf Fixkosten abgestellt und nicht auf die Unternehmerlöhne. Die bleiben außen vor. Und auch das Thema der Verlustvorträge und -rückträge ist steuersystematisch sowie so sinnvoll. Das sollten wir sowieso tun und mit einer negativen Einkommensbesteuerung die Prozesse zu beschleunigen, damit die Unternehmen schneller an diese Liquiditätspolster kommen. Das ist auch eine hervorragende Idee, die ich unterstütze. Aber wir reden ja hier über eine Verschiebung von Steuerlasten und nicht so sehr um, sozusagen, Injektionen in das unternehmerische Eigenkapital. Deswegen reichen diese steuerlichen Maßnahmen nach meinem Dafürhalten nicht.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Abg. Ulrich von der DIE LINKE..

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Herr Körzell vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Stichworte sind ja schon gefallen, wie Unternehmenssteuern senken, aber auch in der Öffentlichkeit die Grundrente verschieben, Mindestlöhne einfrieren, den Solidaritätsbeitrag ganz schnell abschaffen. Was hält der DGB von solchen Vorschlägen und was glaubt der DGB wäre jetzt die richtige Maßnahme für ein Konjunkturprogramm?

Der **Vorsitzende**: Herr Körzell, bitte.

SV **Stefan Körzell** (DGB): Ja, zunächst herzlichen Dank für die Frage und für die Einladung. Wir halten natürlich nichts von den vorgeschlagenen



pauschalen Kürzungen und dem Einfrieren des Mindestlohns. Wir halten auch nichts von pauschalen Steuersenkungen. Wir halten auch nichts davon, dass der Solidaritätsbeitrag komplett abgeschafft wird, sondern wir brauchen dieses Geld, um aus dieser Krise herauszukommen. Und was unserer Meinung nach auf keinen Fall geht, ist, dass man bis sonntags die Heldinnen und Helden dieser Krise beklatscht und ihnen am Dienstag erklärt, der Mindestlohn solle eingefroren oder abgesenkt werden. Das geht auf keinen Fall und wir sagen, der Mindestlohn muss steigen, weil der Konsum wird die zentrale Frage sein. Das auch nach dem, was eben als Antwort kam, dass die Lieferketten und Exporte noch nicht entsprechend anspringen werden. Der Konsum wird die zentrale Frage sein, um aus dieser Krise herauszukommen. Da gehört für uns gute Arbeit dazu, da gehört aber auch dazu, dass die Löhne und die Beschäftigung auf jeden Fall gesichert werden, damit wir aus dieser Krise auch gestärkt herauskommen. Dazu gehören für uns die Tarifbindung und der wachsende und steigende gesetzliche Mindestlohn. Wir dürfen diese Menschen nicht auf Dauer abhängen. Für uns gehört aber auch dazu ein Investitionsprogramm, das wir seit langem fordern, auch gemeinsam mit dem BDI. Ein solches Konjunktur- und Investitionsprogrammes hat nichts an seiner Aktualität verloren. Lassen Sie mich sagen, gerade diese Krise hat gezeigt, dass es notwendig ist, an jeder Milchkanne in der Bundesrepublik Deutschland auch tatsächlich Internet zu haben. Wir wissen, dass gerade in ländlichen Regionen viele Schülerinnen und Schüler beim Homeschooling nicht nur abgehängt sind, weil sie kein Tablet zu Hause haben, sondern weil sie eine sehr schlechte Internetverbindung haben. Das sollten wir jetzt auch nutzen, und das ist jetzt deutlich geworden, um dies auch nach vorne zu treiben. Für uns gehört aber eine sozialökologische Transformation mit dazu. Das muss einhergehen, das heißt, die Transformation, die begonnen hatte vor der Krise, die muss jetzt fortgeführt werden und hier muss auch entsprechend Geld in das System hineingebracht werden. Das heißt für uns als Gewerkschaften aber auch, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen. Sie wissen, dass der größte Teil der öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland getätigt wird durch die öffentliche Hand und hier vor allem durch die Kommunen und hier muss jetzt alles getan werden, um die

Handlungsfähigkeit der Kommunen auch aufrecht zu erhalten. Gerade wenn auch darüber diskutiert wird, dass wir eine sozialökologische Wende wollen, um den öffentlichen Personennahverkehr, die Schiene und vieles mehr auch entsprechend auszubauen. Das sind für uns wichtige Stellschrauben, um aus dieser Krise herauszuwachsen und aus dieser Krise auch gestärkt hervorzugehen. Dafür braucht es diese Impulse, die ich aufgezählt habe. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Körzell. Kollegin Dröge bitte.

Abge. **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Graichen. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie aus Ihrer Sicht ein zielgerichtetes Konjunktur- und Investitionsprogramm aussieht als Reaktion auf die Wirtschaftskrise und wie man das auch verbinden kann mit einer Strategie, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit stärkt. Die Mehrheit der Experten hat bisher dazu recht wenig gesagt.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Graichen bitte.

SV **Dr. Patrick Graichen** (Agora Energiewende): Ja, vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es ist eindeutig, dass, wenn man jetzt aus dieser Krise rauskommen will, sich nicht gleich die nächste Krise bauen sollte. Und es ist völlig klar, dass jetzt Corona der Schwerpunkt ist, aber der Klimawandel geht nicht weg, der passiert im Hintergrund die ganze Zeit weiter. 2020 wird vermutlich schon wieder das nächste Dürrejahr werden. Das ist das, was die Meteorologen prognostizieren. Und insofern muss jede Investition, die man jetzt tätigt, eine sein, die gleichzeitig die Klimaneutralität mit in den Blick nimmt, weil sie sonst eine „Stranded asset“ ist, die dann Probleme bereitet, wenn wir in eine Klimakrise reinrennen. Und insofern ist bei jeder Maßnahme die Frage mitzudenken, was heißt das für den Klimaschutz 2030, den Klimaschutz 2050, weil, wenn ich das unterlasse, ich mir sonst das nächste Problem baue. Und damit habe ich im Prinzip, und das war unser Vorschlag, sowohl bei den Kaufkraftstärkungsmaßnahmen als auch bei den Investitionsstärkungsmaßnahmen einen bestimmten Blickwinkel, den ich beachten muss. Bei der Kaufkraftstärkung, und das hatten ja



etliche Kollegen auch gerade schon gesagt, macht es viel Sinn, zu sagen, wir senken den Strompreis. Weil das bringt den Leuten und gerade auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen Geld und es beseitigt die Schieflage, die wir haben, dass man nämlich in Wärmepumpen, in Wasserstofftechnologien, in Elektromobilität, investieren muss. Im Moment ist der Strompreis viel zu hoch, als dass diese Nachfrage tatsächlich kommen könnte. Und insofern da runter zu gehen hilft den Leuten und setzt eben auch investitionsmäßig die richtigen Signale. Und wenn ich dann ein Investitionsstärkungsprogramm mache und über Abschreibungen oder über Investitionszulagen nachdenke, dann geht es im Prinzip darum, jeweils zu überlegen, welche Technologien es sind, die denn in die Zukunft gehen? Wenn ich jetzt nochmal die Bestandstechnologien fördern würde, ja, dann habe ich natürlich das Problem, dass die Bestandstechnologien auf der fossilen Energiewelt aufbauen. Und das heißt aber, in allen Sektoren haben wir sie ja schon. Also wir wissen, im Automobilsektor ist es die Elektromobilität, das heißt, Förderungen sollten sich auf die Elektromobilität konzentrieren, sowohl, was die Autos als auch was die Ladestruktur angeht. Wir wissen, in der Industrie ist es Wasserstoff. CO²-freier, grüner, vielleicht auch blauer Wasserstoff ist das, was man braucht. Die Stahlindustrie fordert es, die Chemieindustrie braucht es. Wir wissen, in der Bauwirtschaft geht es um energetische Sanierung. Wir reden schon seit langem davon, es könnte aber jetzt vielleicht kombiniert werden mit einer industriellen energetischen Sanierung. Das Stichwort heißt Energiesprung und kommt aus den Niederlanden. Im Bereich der Energiewirtschaft sind es die 4 Stichworte Wind, Solar, Speicher und Netze. Das EEG bietet da im Grunde den Rahmen, aber es gibt viele Hemmnisse, die da im Moment dafür sorgen, dass nicht richtig gebaut werden kann. Also, in all diesen Sektoren kann man jetzt Investitionen anschieben und wir denken, mit einem 100 Milliarden-Programm kann man sowohl die Kaufkraft stärken, die EEG-Umlage senken als auch in all diesen Sektoren die Wirtschaft voranbringen und sie gleichzeitig zukunftsfest machen, weil man in die Technologien investiert, die in Zukunft nötig werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank. Herr Abg. Rimkus von der SPD bitte.

Abg. **Andreas Rimkus** (SPD): Ja, schönen Dank. Jetzt kommt eine Herausforderung, weil ich nämlich gerne Herrn Professor Dr. Südekum und Herrn Dr. Gärber gleichzeitig adressieren würde. Vor dem Hintergrund, dass Sie, Herr Professor Dr. Südekum, geschrieben haben, dass die 5 I besonders entscheidend sind, also Investitionsfragen und Innovationsfragen und Sie das verknüpft haben mit den IPCI-Fragen, also den europäischen Projekten von besonderer Bedeutung und dem Just Transition Fund würde ich gerne wissen wollen, inwieweit das vorhin genannte Phänomen der Wasserstoffwirtschaft, also das Hinwenden zu neuen Speichertechnologien in einen Massenmarkt hinein, sozusagen segensreich wirken kann. Und dann an Sie, Herr Dr. Gärber, sei die Frage gestellt, Sie verknüpfen das mit einem Stichwort Innovationsgesellschaft Deutschland. Da würde ich gerne wissen wollen, wie vor diesem Hintergrund das ebenfalls Unterstützung bietet. Ich darf sagen, für die SPD-Bundestagsfraktion ist eine progressive Wirtschaftspolitik, eine progressive Industriepolitik im Sinne eines Social Red Deal, oder eines Social Deals von entscheidender Bedeutung.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor DR. Südekum mit der Bitte, so nach 1 ½ Minuten vielleicht noch etwas übrig zu lassen.

SV **Prof. Dr. Jens Südekum** (HHU): Ja, sehr gerne. Das Stichwort von Abg. Andreas Rimkus, vielen Dank für die Frage. Die Wasserstofftechnologie ist natürlich einer der zentralen Bausteine, wenn es eben um die sozialökologische, ökologische Transformation geht. Und für bestimmte Industriezweige, wenn sie eine Zukunft haben sollen in Deutschland und in Europa, dann wird das, das wurde ja auch schon genannt, ohne Wasserstoff nicht möglich sein. Ich glaube, wir hatten vor der Krise durch die Programme des Kohleausstiegs im Prinzip so eine Art Laboratorium geschaffen. Wir wissen ja, wir haben die 3 Braunkohlereviere, die mit relativ großzügigen Mitteln ihre Transformation sozusagen unterstützt bekommen und wo es ja gezielt darum ging, den Wegfall der Braunkohle zu kompensieren durch neue Industriezweige, moderne Industriezweige, und da wäre das Thema Wasserstoff ganz oben auf der Tagesordnung gewesen, zum Beispiel für das Rheinische Revier.



Ich denke, wir können jetzt die Corona-Krise nutzen, um eben zu schauen, dass man diese Agenda dann eben nicht nur beschränkt auf die 3 Regionen in Deutschland, sondern dass im Prinzip, wie es ja auch richtig ist, diese Transformation und diese Investitionsagenda für ganz Deutschland ausgerollt werden muss, und ich denke, das wäre dann auch genau das Richtige, weil man hier langfristige Transformationen kombinieren kann mit einem unmittelbar wirksamen konjunkturellen Impuls.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Gärber bitte.

SV Dr. André Gärber (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.): Ja, ich habe ja versucht, in meiner Vorlage deutlich zu machen, dass wir ein Zielsystem brauchen, ein Koordinatensystem, das 4 große Ziele zeitgleich auch berücksichtigt. Das Programm, das wir bauen wollen, sollte natürlich alle diese 4 Ziele berücksichtigen. Das ist die ökologische, das ist die materielle und ökonomische Nachhaltigkeit, das ist die soziale Nachhaltigkeit, aber auch die Nachhaltigkeit der Staatstätigkeiten, Staatsfinanzen. Das ist erstmal das Wichtigste. Da haben Sie dann ein Koordinatensystem, wo Sie deutlich sagen können, welche Maßnahmen genau in diesem Koordinatensystem positive Impulse bringen und welche nicht. Zum zweiten, die Frage nach der Investitionsgesellschaft. Das ist ein Einfall oder eine Entwicklung von IMK und IW, ein historischer Vorgang, ein arbeitgebernahes und ein gewerkschaftsnahes Institut haben zusammen die Investitionsbedarfe Deutschlands im November 2019 geschätzt und kommen auf ca. 450 Milliarden Euro über die nächsten 10 Jahre. Dieses Programm ist extrem wichtig und hat auch die wichtigsten Felder definiert, das ist die kommunale Infrastruktur, das ist Bildung, das ist Wohnungsbau, das ist die überregionale Infrastruktur, vor allem der 5G-Ausbau aber auch der Breitband- und Glasfaserausbau.

Der Vorsitzende: Es spricht Herr Abg. Lämmel bitte von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. Andreas G. Lämmel (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Dr. Treier. Sie sehen ja schon jetzt, die Zahlen überschlagen sich, der eine 100 Milliarden, der andere 150, 450, 500 Milliarden, also nach oben keine

Grenze. Und ich würde gerne mal Ihre Meinung hören, ob es nicht erstmal sinnvoll ist, dass man sich jetzt auf eine Obergrenze einigt, d.h. über die Mittel, die man überhaupt ausgeben kann, um darunter dann die Prioritäten zu bilden, denn eine überbordende Staatsverschuldung kann ja nicht im Interesse der Wirtschaft sein. Also sind Sie dafür, dass man so eine Obergrenze definiert, um dann diese Diskussionen zu organisieren? Und an Herr Professor Dr. Haucap habe ich nochmal die Frage, diese Corona-Pandemie, man kann ja darüber streiten, Lockdown und über die Begriffe, wie sie sind, aber es zeigt sich ja, zumindest nach meinem Eindruck, dass wir starke Strukturveränderungen in der Wirtschaft bekommen. Und wie schätzen Sie das denn ein? Wo werden wir denn in einem Jahr stehen? Wird es zu einer größeren Konzentration in der Wirtschaft kommen, das heißt, die Großen wachsen und die Kleinen kommen unter Druck oder schätzen Sie eher ein, dass der Mittelstand und vor allen Dingen der kleine Mittelstand sich auch nach der Pandemie behaupten kann. Und daraus folgt dann die Frage, was Ihrer Einschätzung, nach die Politik tun müsste, um das Grundgetriebe der sozialen Marktwirtschaft, das heißt also, kleine, mittlere, große Unternehmen, auch weiterhin zu erhalten?

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Treier, ich würde nach einer Minute ein bisschen ein Zeichen geben.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Alles klar. Danke, Herr Abg. Lämmel. Also ich glaube, die Diskussion ist nicht notwendig, weil wir haben es hier in erster Linie mit einem ganz stark angebotshaltigen Problem zu tun. Bei der Seite der Nachfrage hat Herr Felbermayr die Masseneinkommen genannt, da müssen wir eigentlich gar nicht so viel tun. Wir müssen darauf achten, dass wir unseren Triple-A Status bei der Staatsverschuldung, bei den Staatsanleihen behalten, also die Rückzahlungswahrscheinlichkeiten total in den Blick nehmen. Das ist absolut wichtig. Und wir haben bei den Einkommenserwartungen der Menschen durch die Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes und die rasche Einführung hier viel getan. Also insofern ist die Blickrichtung auf die Angebotsseite gerichtet, und da ist es weniger eine Frage der Obergrenzen als eine Frage eines smar-



ten Vorgehens, nämlich Liquidität in den Unternehmen zu erhalten, Insolvenzen verhindern, das Eigenkapital zu stärken. Beim Thema Insolvenzen zu verhindern, sollte die Diskussion hier schnellstmöglich beginnen, wie wir zum Beispiel EU-Restrukturierungsrichtlinien vorziehen, damit wir Sanierungsmöglichkeiten in den Unternehmen schaffen. Die müssen erhalten bleiben und das ist vordringlich und da brauchen wir keine Diskussion über Obergrenzen.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Professor Dr. Haucap bitte.

SV Prof. Dr. Justus Haucap (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie): Ja, vielen Dank, Herr Abg. Lämmel für die Frage. In der Tat sehe ich hier eine Gefahr, dass sich Konzentrationstendenzen aus der Krise ergeben. Zum einen sehe ich das insbesondere im Bereich des Handels, und zwar nicht im Bereich des Lebensmittelhandels, sondern eher des stationären Fachhandels, weil da natürlich Amazon so ein großer Gewinner oder auch andere Onlinehändler sind. Wir haben eine GWB-Novelle, die im Hintergrund eigentlich noch läuft. Die sollte man jetzt auch wirklich auf die Schiene setzen, damit wir die GWB-Novelle möglichst bald bekommen und dann brauchen wir aber auch eine Überarbeitung der Vertikalleitlinien. Da ist eigentlich die Europäische Kommission schon dran. ... weil es gibt durchaus Nachteile, die momentan dem stationären Handel entgegenlaufen, will ich mal so sagen, da sollte man auch einige Dinge lockern tatsächlich. Zudem würde ich mich dafür aussprechen, die Startups in der ganzen Debatte nicht zu vergessen. Wir haben jetzt einiges nachgeholt für die Startups, aber das sind ja die Wettbewerbe von morgen, die häufig durch das Raster fallen, weil die auch mit Verlustvortrag oder Rücktrag nicht viel anfangen können, weil die typischerweise in den ersten Jahren nicht besonders viel Gewinne machen, aber dennoch möglicherweise sehr interessante Geschäftsmodelle haben. Also da wäre ich im Zweifel dafür, lieber etwas zu großzügig zu sein, als zu vorsichtig. Das sind eben diejenigen, die neue Dinge auf den Markt bringen.

Der Vorsitzende: Als nächstes spricht Herr Abg. Knoerig bitte.

Abg. Axel Knoerig (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Professor Eilfort, und ich schaue auch zu Ihnen, Herr Professor Haucap, nun eine zweigeteilte Frage. Wir stellen in dieser Krise fest, dass es ein großes Segment gibt, was sich im Grunde genommen sehr, sehr stark entwickelt hat. Und es liegt nahe zu formulieren, dass das die IT- und die TK-Branche ist. Ich komme aus einem ländlichen Raum und sehe, dass viele virtuelle Räume neu geschaffen wurden. Ich sehe auch, wie über die Arbeitsebene zusammengearbeitet wird und wir alle als Abgeordnete erleben das hier auch in dem Ausschuss, wie die Telekommunikation und das Internet hier in den letzten Wochen und Monaten einen riesen Schub gehabt hat. Sie haben es ja auch in Teilen als Sachverständige ausgeführt, dass die Digitalisierung vorangetrieben werden muss. Gehen wir einmal 20, 25 Jahre zurück. Alle europäischen Länder haben eine ähnliche Liberalisierung erfahren und wir stellen heute fest, dass wir zwar Netze betreiben können, sie aber nicht mal bauen können. Das machen Amerikaner und Chinesen. Schauen wir auf unsere Handys und Telefone, wissen wir auch, dass die weder in Deutschland noch in Europa gefertigt werden. Wie kommen wir dazu, dass wir gerade für diese Branche, die sich in allen Branchen zu einer Schlüsselbranche entwickelt hat, dazu, unsere Mehrwerte nicht nur über Startups und Softwareunternehmen zu erzielen, sondern dass wir auch die Netzbetreiber wieder betüchtigen, dass sie einfache Wertschöpfungsketten abbilden, wie Telefonie oder auch Netzbetrieb. Wir haben ja seit Monaten den Streit, wie sicher ausländische Netze sind. Ich will gar nicht auf gewisse Länder verweisen, sondern wir sind einfach nicht in der Lage, das selber mehr auszuführen. Und wenn wir das erweitern auf Lieferketten, die ja TK-IT-basiert heute komplett ablaufen, ist ja diese Schlüsselindustrie jetzt in diesem Moment nötig, um diesen gesamtwirtschaftlichen Push zu erzeugen. Und da möchte ich gerne, dass Sie einmal auch reflektieren, wie wir da insbesondere einen europäischen Push nicht nur national auslösen. Ich gehe mal 20 Jahre zurück, da hat die France Telekom und die Deutsche Telekom darüber nachgedacht, zusammenzuwachsen, denn es fehlt an Geld, an Kapital, um Facebook und andere, Amazon, solche Plattformen, zu kreieren und wir müssen als Europäer



doch zumindest in Anbetracht dieser Wertschöpfungsketten, versuchen, da wieder hineinzukommen.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt sagen, die Teilung der Frage macht keinen Sinn mehr. Wir machen das einfach so, Herr Professor Eilfort, dass Sie die Redezeit nehmen, weil sonst haben Sie nur 30 Sekunden.

Keine Tonübertragung!

Der Vorsitzende: Okay, dann machen wir das so. Herr Professor Haucap.

SV Prof. Dr. Justus Haucap (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie): Die großen amerikanischen Unternehmen, die heute dominieren sind ja keine alten Unternehmen. Noch vor 20 Jahren sind das alles Startups gewesen. Das heißt also, ja, wir brauchen sicherlich eine bessere europäische Landschaft. Das läuft aber nicht so sehr dadurch, dass man die alten fördert, denn auch die Amerikaner sind nicht aus der Zusammenarbeit von AT&T mit MCI entstanden, sondern eher durch das Ermöglichen des Marktzutritts neuer Anbieter. Und da haben die Amerikaner viele Vorteile. Da gibt es den großen Markt, aber wir können noch Dinge tun, wie zum Beispiel nochmal über das Datenwirtschaftsrecht nachzudenken, Open DARPA-Politik und ähnliche Dinge und natürlich über Wachstumskapital, was häufig auch noch fehlt. Venture Capital ist nicht mehr so sehr das Problem. Ich bin nicht für eine Lockerung der Fusionskontrolle, muss ich ganz deutlich sagen an der Stelle. Das haben auch die Amerikaner nicht so betrieben. Deren Unternehmen sind nicht durch Zusammenschlüsse großer Unternehmen entstanden.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Dann spricht jetzt Frau Abg. Poschmann.

Abge. **Sabine Poschmann** (SPD): Ja, herzlichen Dank. Ich hätte drei Fragen an Herrn Dr. Gärber. Wir haben gerade gehört, dass sich branchenspezifisch nach Möglichkeit zurückgehalten werden sollte, aber mit der Gießkanne auch nicht. Es widerspricht sich ein bisschen, aber es waren auch unterschiedliche Leute, die gesprochen haben.

Wie sehen Sie es denn mit der Unternehmensgröße? Also ich denke speziell an den Mittelstand, dass wir nicht nur auf die Großen schauen. Die zweite Frage wäre, sehen Sie in der Dekarbonisierung der Wirtschaft eventuell auch einen zukünftigen Wettbewerbsvorteil? Und die dritte Frage ist, Deutschland ist Innovationsweltmeister, aber wir haben das schon vor der Krise nicht auf die Schiene bekommen. Sehen Sie hier auch ein Feld, was wir nochmal stärker betrachten sollten?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Gärber bitte.

SV Dr. André Gärber (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.): Vielen Dank. Ich fange an mit der Innovationskultur und der Stellung Deutschlands in der Innovation. Der letzte Blumberg-Index hat deutlich gezeigt, Deutschland ist da immer führend, aber wenn man näher hinguckt, weiß man sofort, wer die Innovation bringt. Das sind die Großunternehmen, die ja unglaublich viel in Forschung und Entwicklung schaffen können, aber nicht die KMUs (kleine und mittlere Unternehmen). Bestenfalls noch die Hidden Champions. Davon haben wir ungefähr 1.000, aber die sind nur in Nischen. Alle anderen profitieren davon nicht. Und dann haben wir noch unsere Start-up-Szene, die vollkommen unterentwickelt ist. Deswegen sollte man genau hinschauen, wo man fördert, und ich habe mal einen spezifischen Vorschlag gemacht, um vor allen Dingen die KMUs zu fördern. Hier geht es vor allen Dingen um die Digitalisierung im ländlichen Raum, um überhaupt einmal die Voraussetzungen zu haben, bei digitalen Innovationen teilzunehmen. Und hier ist ein großer, ein sehr großer Nachholbedarf. Zweiter Vorschlag von mir war, dass ich für Deutschland ein Wagniskapitalfonds vorschlage oder aber auch für Europa. Der läuft unter dem europäischen Titel unter „VentureEU“, aber auch für Deutschland wäre es wichtig, einen solchen Kapitalfonds einzurichten. Wir als Europäer sollten auch mal ins nahe europäische Ausland schauen, und da gibt es einen ganz tollen Vorschlag und eine schon gelebte Realität in Dänemark. Die haben zwei Risikodachfonds eingerichtet unter Beachtung der Insolvenz 2-Regel, wo eben auch institutionelle Anleger wie Versicherungen und sonstige mit einer festen Verzinsung sich engagieren können und darüber hinaus mit einem Eigenkapital in dieses Risiko gehen können, welches abgesichert ist über



deutsche Innovationsanleihen. Das ist aus meiner Sicht extrem wichtig. Zur Dekarbonisierung habe ich auch eine vergleichsweise klare Meinung. Bislang, und da spricht auch Herr Felbermayr darüber, sollten wir in der Zukunft nur technologieoffen investieren. Aus meiner Sicht ist das nicht mehr korrekt, wir brauchen genauso gut eine missionsorientierte Investitionspolitik. Hier gibt es hervorragende Forschungsergebnisse, unter anderem von Mariana Mazzucato, die genau geguckt hat, wer warum erfolgreich ist. In den Vereinigten Staaten waren die vor allen Dingen langfristig angelegten staatlichen Förderungen durch die DATA, Defense Advanced Research Projects, ausschlaggebend, die die Entwicklung von GPS, von Touchscreens und so weiter forciert haben. Und das wurde nur unglaublich genial von Apple und weiteren Unternehmen dann verwertet, vermarktet. Also ich glaube, hier haben wir in Deutschland und Europa unglaublich viel Nachholbedarf, und für mich sind ganz klar die Zukunftsmärkte und die Leitmärkte definiert. Das ist für mich unter anderem die Batterie Zellforschung, zweitens die Bioökonomie, die künstliche Intelligenz, Wasserstofftechnologie wurde bereits erwähnt, ich nenne es immer die rote Wasserstofftechnologie und die Luft- und Raumfahrt plus Speicher- und Quantentechnologie. Das sind für mich die Leitmärkte, die wir machen sollten. Danke.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. So, als nächstes Herr Abg. Chrupalla bitte, AfD.

Abg. **Tino Chrupalla** (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben ja nun einiges über die Digitalisierung hier gehört. Meine Frage richtet sich an Professor Dr. Otte. Sie sprechen ja im Zuge der Corona-Maßnahmen von einem gigantischen Förderprogramm für die Internetwirtschaft und mahnen an, das Thema „Digitale Diktatur“ ernst zu nehmen. Wie meinen Sie das?

Der Vorsitzende: Herr Professor Dr. Otte bitte.

SV Prof. Dr. Max Otte (Unternehmer, Investor und Philantroph – Ehemaliger ordentlicher Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose an der Universität Graz, ordentlicher Professor a.D. für internationale und allgemeine BWL an der Hochschule Worms): Es

sprechen im Moment alle davon, dass wir das fördern müssen. Das ist sicherlich richtig. Auch da habe ich in Bezug auf die großen amerikanischen Oligopole eine klare Meinung. Also das bekommen wir nicht durch Fusionen deutscher, europäischer Champions hin, das sind innovative Sachen. Also dann

eher Richtung Wagnisfonds, Erleichterung der Bedingungen, aber auch Gegenwehr. Gegenwehr gegen die amerikanische Dominanz in Europa. Der Spiegel oder die Süddeutsche Zeitung hatten irgendwann mal als Datenkolonie der Amerikaner bezeichnet. Wenn wir europäisches oder deutsches Recht so konsequent bei den Internetkonzernen anwenden würden, wie die Amerikaner ihr Recht bei den Autokonzernen, bei den deutschen Autokonzernen, wären wir da weiter. Da wäre das Geschäftsmodell von Amazon in Deutschland aber extrem eingeschränkt. Wir müssen nur durchgreifen und gleiche Startbedingungen schaffen. Dasselbe mit dem Steuerrecht, wo diese Konzerne dann Schlupflöcher in Irland und so weiter nutzen. Da ist ein Stück Souveränität, ein Stück hartes Handeln auf deutscher und europäischer Ebene gefordert. Das ist das Eine, um da überhaupt wieder gleichziehen zu können. Denn Amerika setzt natürlich eine sehr zielorientierte Außenwirtschaftspolitik in all diesen Bereichen ein, eine sehr an den eigenen Unternehmen orientierte. Das ist das Eine und das sage ich auch als auch amerikanischer Staatsbürger, der dort 10 Jahre gelebt hat. Und das zweite ist, dass das Thema „Digitale Diktatur“ ein bisschen untergeht. Das ist auch nicht Kernthema hier, aber bei dem ganzen Ruf nach „Förderung der Internetwirtschaft“ haben wir viel zu wenig auf dem Bildschirm, dass wir natürlich auch gesellschaftlich, was die Bürgerrechte angeht, in eine Transformation hineinkommen, die höchst gefährlich sein kann. Also, diese schleichenden Freiheitseinschränkungen, die Macht der Datenkraken, der Internetkonzerne, die muss auf das Tapet, und die muss untersucht werden und wir müssen da wirklich in der Gesetzgebung auf deutscher und europäischer Ebene nachziehen, was Bürgerrechte angeht, was Datensouveränität angeht. Fördern ist das Eine, aber bitte auch die Bürgerrechte nicht vergessen. Das wäre mir als Thema sehr, sehr wichtig.

Der Vorsitzende: Danke. Kollege Willsch bitte.



Abg. **Klaus-Peter Willsch** (CDU/CSU): Ja, ich habe eine Frage an den Herrn Professor Dr. Haucap. Sie zeigen in Ihrer Stellungnahme unter Punkt 13 Lösungsmöglichkeiten auf, um die Benachteiligungen, die dem stationären Fachhandel gegenüber dem Online-Handel in der Krise entstanden sind, aufzuheben. Glauben Sie, dass ihre Hinweise auch auf den Bereich der Gastronomie übertragbar wären? Denn dort haben wir ja auch Familienfeiern, die nachgeholt werden müssen. Häufig bestehen in diesem Bereich Hindernisse wegen der Arbeitszeit, des Kündigungsschutzes oder auch Einschränkungen wegen geringfügiger Beschäftigung. Glauben Sie, dass wir durch gezielte Durchlüftungen des Arbeitsmarktes Erleichterungen schaffen könnten? Und die zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Eilfort zum Thema Europa. Sie haben ja dazu Stellung genommen und deutlich gemacht, dass natürlich Verteilungskämpfe da sind. Es ist ja auch bemerkenswert, dass die Italiener beispielsweise 35 Milliarden aus dem ESM nicht genommen haben, sondern lieber darauf warten, dass es geschenktes Geld gibt. Das ist ja ein bisschen so, als wenn man die Diskussion darüber hört, dass man dem Bauer empfiehlt, er soll auf der Straße Geld verteilen, damit die Leute auf dem Markt dann seine Kartoffeln kaufen. Das ist ja kein nachhaltiges Geschäftsmodell. Können Sie das nochmal ein bisschen näher ausführen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Dr. Haucap mit der Bitte, sich die Frage zu teilen.

SV **Prof. Dr. Justus Haucap** (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie): Vielen Dank, Herr Abg. Willsch, für die Frage. In der Gastronomie wird es, so meine Einschätzung, leider noch deutlich schwieriger als im Einzelhandel sein. Wir können zwar die Angebotsbedingungen sicherlich etwas vereinfachen, aber die Nachfrage wird einfach deswegen auch zurückhaltend sein, weil bei den Leuten eine gewisse Vorsicht eingekehrt ist. Selbst hypothetisch, wenn wir den Lockdown aufheben werden, haben die Leute doch ihr Verhalten geändert und werden es weiter ändern. Natürlich kommen dann kostentreibende Faktoren noch dazu, weil einfach die Tische weiter auseinanderstehen müssen etc., sodass ich mit den gleichen Fixkosten letztendlich nicht mehr die gleiche Anzahl an

Gästen durchschleusen kann. Umso notwendiger ist es vielleicht, da etwas zu tun. Andererseits, das hören die Gastronomen sicherlich nicht allzu gerne, ist es so, das ist kein Markt mit ganz, ganz großen Eintrittsbarrieren. Das heißt, fast jeder Gastwirt hat schon einmal zugemacht und macht auch wieder auf. Das ist gar nicht mal so ungewöhnlich, dass man mehrere Gastronomien im Laufe seines Lebens betreibt. Das ist ein Markt mit viel Entry und Exit, wie wir als Ökonomen sagen würden. Das ist zwar bedauerlich für die einzelnen Leute, aber das ist ein bisschen auch die Natur der Branche.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Eilfort bitte.

SV **Prof. Dr. Michael Eilfort** (Stiftung Marktwirtschaft): Ja, bei allem Mitgefühl für die italienische Situation und für das, was nicht nur in Bergamo passiert ist, es gibt jetzt besondere Instrumente. Wir diskutieren über Merkel- und Macron-Pläne. Es ist eine besondere Zeit, aber man darf dabei nicht verdrängen, dass das, was jetzt diskutiert wird, nur eine knappe Stufe hinter den Eurobonds liegt und dass die Eurobonds aus Italien schon gefordert wurden und zwar 2011 oder 2015 mit anderen Begründungen. Damals war es die Migration, 2018, als die Autobahnbrücke einstürzte und jetzt 2020 im Rahmen von Corona.

Abg. **Klaus-Peter Willsch** (CDU/CSU): So ist es.

SV **Prof. Dr. Michael Eilfort** (Stiftung Marktwirtschaft): Es geht um eine strukturelle Veränderung der Währungsunion, die ich persönlich zutiefst ablehne, denn sie widerspricht nicht nur den Europäischen Verträgen, sondern sie nimmt Handlung und Haftung auseinander. Und wenn Europa, wenn der Ruf nach mehr Europa immer nur die Chiffre für frisches Geld ist, das andere bereitstellen und das dann woanders ausgegeben wird, dann wird das auf Dauer nicht funktionieren. Insofern haben wir jetzt eine Ausnahmesituation. Man kann über manches nachdenken, aber es muss befristet sein, klar limitiert sein, auch in der Sache, und es darf nicht den Weg frei machen zur Transferunion, das wäre völlig falsch. Genauso sehe ich die Initiativen in Brüssel, und wir sind hier ja im Saal des Europaausschusses. Die Initiativen in Brüssel, da ist manches richtig auch im



Hinblick der Förderung dessen, was hier schon breit diskutiert wurde. Digitalisierung, Schwerpunktprojekte, Innovation, aber Subsidiarität bitte nicht vergessen. Europa soll anreizen, ermöglichen, fördern, aber bitte nicht steuern und vor allem nicht, nivellieren zwischen Salamanca, Sardinien und Sachsen. Das funktioniert nicht. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wenn ich das erste Mal klinge, dann haben Sie noch 5 Sekunden. Als nächstes Herr Abg. Ullrich von der FDP bitte.

Abg. **Gerald Ullrich** (FDP): Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. Wir sind mitten in einer Krise. Die epidemische flacht langsam ab, aber die wirtschaftliche Krise frisst sich durch unser Land. Das sehen wir ganz deutlich. Ich habe diesbezüglich zwei Fragen an Herrn Professor Dr. Felbermayr. Die erste Frage geht um das Konjunkturprogramm. Sehen Sie wirklich, dass wir es in diesem Konjunkturprogramm, was ansteht, schaffen, auch gleichzeitig ein Transformationsprogramm mit unterzubringen oder sind Sie der Meinung, dass wir erstmal nur die Wirtschaft wieder auf ihr langfristiges Produktionspotential bringen müssen, um uns dann anschließend auch um strukturelle Dinge kümmern zu können? Und die zweite Frage wäre, die Betriebe schreien nach Liquidität. Das ist im Moment das Allerwichtigste, das es überhaupt gibt. Wir sprachen vorhin schon über innovative Ansätze für Liquidität. Wie würden Sie es denn sehen, wenn wir zum Beispiel bei der Abführung der Umsatzsteuer von der Soll- auf die Ist-Besteuerung gehen würden, was ja bei Zahlungszielen, die im Moment in der Industrie üblich sind, die sich zwischen 30 und 120 Tagen bewegen, schon sofort Liquidität verschafft. Und zweitens, was ist, wenn wir die Vorfälligkeit der Sozialabgaben wieder zurückdrehen würden. Beide Maßnahmen würden im Moment nicht außergewöhnlich belasten, weil wir den Betrieben ja ansonsten sowieso wieder Kredite zur Verfügung stellen oder sonstige Zuwendungen zur Verfügung stellen müssen, damit sie über diese Zeit kommen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Dr. Felbermayr bitte.

SV **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr** (Institut für

Weltwirtschaft): Ja, vielen Dank für die beiden Fragen. Ich fange von hinten an. Ich glaube, dass das Instrumente sind, über die man aktiv nachdenken sollte. Ja, die sind übrigens nicht nur in der Krise sinnvoll. Das kann man auch außerhalb der Krise für richtig halten. Da müsste man, glaube ich, darüber nachdenken. Dies könnte in der Tat Liquidität sichern, aber nochmal das Kernanliegen, das ich habe, das ja auch schon viele geteilt haben, ist, dass wir auch etwas tun müssen, um die Solvenz der Unternehmen zu schützen. Und da sind sozusagen diese Modelle, die letztlich auf Steuerstundungen hinauslaufen, dass die Umsatzsteuer einfach später entrichtet wird oder die Sozialabgaben, das hilft nicht wirklich. Also ich denke, ja, brauchen wir, sowieso, auch außerhalb der Krise, aber wir müssen über zusätzliche Maßnahmen nachdenken. Wir sind noch nicht durch. Ich meine, jetzt wird manchmal so getan, als ob wir uns wieder den langfristigen Fragen widmen können mit 100 Prozent unserer Energie. Wir sind in der größten Wirtschaftskrise seit den 20er Jahren, und die ist noch nicht vorbei. Wir haben vielleicht Boden gefunden, aber sie ist noch nicht vorbei. Deswegen würde ich auch warnen, dass wir jetzt überall schon transsummative Elemente mit hinein reklamieren. Die drei T's, die schon besprochen wurden, sind richtig, aber das Transformative, das jetzt viele hinein reklamieren, das sollte man hintenanstellen. Wir haben Weichenstellen gemacht bzw. die Weichen richtig eingestellt, vorher. Da müssen wir uns daran halten. Ich glaube, wir brauchen zum Beispiel einen CO²-Preis. Wir müssen mehr in Forschung und Entwicklung investieren, da bin ich auch dabei. Das war vorher richtig, ist in der Krise richtig und ist auch danach richtig. Aber jetzt geht es darum, dass wir das Vertrauen der Menschen wieder finden, dass es sozusagen schnell wieder aus der Krise rausgeht und dass wir nach der Krise eine gesunde Unternehmerstruktur haben. Das ist zentral, und wenn wir uns jetzt verzetteln, und ich muss das sagen, diese transformative Frage ist eine hoch kontroverse. Da werden wir keine schnellen Programme hinkriegen, das müssen wir auch wissen. Da wurde darauf hingewiesen, dass das nicht für die kurzfristige Lösung der Konjunkturprobleme ausreichen wird. Hier brauchen wir Instrumente, die schnell wirken und die - das Thema Gießkanne und Branchenneutralität wurde auch schon angesprochen - sozusagen nicht per se



strukturpolitische Veränderungen impliziert. Es gibt keinen Widerspruch zwischen Gießkanne und nicht branchenspezifisch. Ich meine, was wir brauchen, sind Maßnahmen, die dort helfen, wo die Probleme am größten sind. Wenn man ansetzen würde bei den wegfallenden Betriebsüberschüssen, dann würde man dort ja stark helfen, wo das Leiden am stärksten ist. Das ist eben genau nicht Gießkanne, aber man würde dann nicht unterscheiden zwischen Gastronomie, Hotellerie, Fitnesscenter und Lufthansa, und man würde das im Prinzip über alle Unternehmensgrößen, über alle Branchen, über alle Rechtsformen anwenden können. Auch hätte man dort keine Diskriminierung eingebaut. Ich warne wirklich davor, dass wir hier jetzt sagen, die Branche wollen wir schützen, die andere nicht, die Technologie fördern, die andere nicht. Das ist jetzt in der akuten Krise, in der wir sind, nicht das richtige Rezept.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Ulrich von den LINKEN. bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Ja, meine Frage an Herrn Körzell. Herr Körzell, Sie haben ja angesprochen, dass Sie bereits vor der Corona-Krise mit dem BDI ein gemeinsames Papier gemacht haben, jährlich 45 Milliarden zusätzlich zu investieren, um das Land zukunftsfähig zu machen, und haben ja auch jetzt gesagt, an dieser Aktualität geht nichts dran vorbei, sondern wir sollten vielleicht jetzt die Corona-Krise auch nutzen, endlich in diesen Bereichen zu investieren. Deshalb will ich allen nochmal empfehlen, sich dieses Papier anzuschauen. Es ist ja nicht so, dass der DGB mit dem BDI jeden Tag gemeinsam Papiere macht und da sind auch Bereiche aufgeführt, wo es dringend notwendig wäre. Die Frage, zwischen Investitionsprogramm und Konjunkturprogramm gibt es ja doch einen kleinen Unterschied nochmal, deshalb, was würde denn der DGB jetzt vorschlagen, um auch kurzfristig die Konjunktur nochmal anzuschieben? Und der zweite Punkt ist, Sie haben darauf hingewiesen, dass es in vielen Bundesländern sehr viele klamme Kommunen gibt, die überhaupt nicht mehr handlungsfähig sind. Was müsste da jetzt getan werden, damit auch die Kommunen ihren Beitrag leisten können, damit die Effekte auch erfolgreich sind?

Der Vorsitzende: Herr Körzell bitte.

SV **Stefan Körzell** (DGB): Ja, ich mach's mal als Beispiel. Wir hatten in der Krise 2008/2009 ein Konjunkturprogramm von rund 2 bis 2,5 Prozent des BIPs und wir gehen jetzt davon aus, dass die Einschlüsse bzw. die Wirkungen dessen, was wir erleben im Moment, stärker sind wie das, was wir 2008/2009 haben. Deswegen ist die Frage für uns, die wir diskutieren, wir werden uns nächste Woche abschließend dazu eine Meinung bilden, ob man nicht 3 bis 4 Prozent des BIPs aufwenden muss für ein Konjunkturprogramm, um jetzt aus dieser Krise heraus zu wachsen. Das wäre ein Volumen von 100 bis 150 Milliarden Euro. Ich will ausdrücklich sagen, so wie Sie es in Ihrer Frage auch formuliert haben, das ersetzt nicht das, was wir im letzten Jahr vorgeschlagen haben. Bei vielen öffentlichen Investitionen und bei der Infrastrukturhinken wir hinterher und sind hinterhergelaufen, nicht nur bei der Bildung, bei der Digitalisierung, bei der Ladeinfrastruktur, aber ich will auch sagen, für uns, und das gehört zu einem Investitionsprogramm dazu, was durch ein Konjunkturprogramm auch ergänzt werden muss jetzt, gehört auch Personal dazu. Es nützt nichts, wenn das Geld zur Verfügung steht und in der öffentlichen Bauverwaltung sitzt niemand, der es bearbeiten kann oder, wie wir es jetzt merken, bei einer Pandemie auch helfen kann, weil niemand im Gesundheitsamt mehr arbeitet, weil man sich dort in den letzten Jahren kaputt gespart hat. Wir sind der Meinung, man muss mit einem massiven Konjunkturprogramm aus dieser Krise heraus wachsen. Wir gehen davon aus, dass rund 1 Euro öffentliches Geld bis zu 2 Euro mobilisiert, das heißt, man kann aus dieser Krise heraus wachsen und mit dem entsprechenden Wachstum verändert sich dann das Verhältnis von Schuldenstand zu Wirtschaftskraft. Und das zu deckeln mit einer Obergrenze, das wäre eine Stop-and-Go-Politik, die die Krise und die Auswirkungen der Krise nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschärfen würde, sondern sie würde auch dazu führen, andere Maßnahmen, die hier besprochen worden sind, zu konterkarieren. Wenn der Arbeitsmarkt zu sehr durchlüftet wird, kann es sein, dass die Beschäftigten eine heftige Erkältung haben und dann nicht mehr konsumieren. Das wäre im Moment der größte Fehler, den wir machen könnten in dieser Krise.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Loos bitte.



Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. Ich richte meine Fragen an den Herrn Professor Dr. Haucap, und zwar interessiert mich zunächst einmal, welche steuerlichen Maßnahmen schlagen Sie denn zum Beispiel für die Bewältigung der Krise vor? Und welche Maßnahmen, wir sollten ja nicht nur immer von dem reden, was der Staat tun könnte, welche Maßnahmen schlagen Sie zur Förderung privater Investitionen und staatlicher Investitionen vor, das heißt also, was kann der Staat eigentlich tun, damit die Unternehmen auch dann einen Beitrag leisten können zur Investition?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Haucap bitte.

SV **Prof. Dr. Justus Haucap** (hhu, DICE): Ja, vielen Dank, Herr Loos. Ich schließe an das an, was in Teilen schon gesagt wurde. Eine wichtige Maßnahme ist sicherlich eine bessere Ausgestaltung des Verlustrücktrages momentan, sowohl in quantitativer Höhe als auch in zeitlicher Dimension. Zweitens würde ich auch raten, die Zinsschranken, die wir eingeführt haben, momentan zu lockern. Das haben wir ja eingeführt, um steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten auszuschließen. Momentan nehmen aber viele nicht Kredite auf, weil sie steuerlich gestalten wollen, sondern weil sie es einfach müssen. Also das sollte man zumindest mal temporär aussetzen. Abschreibungsregeln wurde auch schon besprochen. Die kann man sicherlich verbessern, weil das natürlich direkt auch für die Investitionen wirkt. Gabriel Felbermayr hat schon angesprochen, der Solidaritätszuschlag, der ja häufig nur für Privatpersonen gesehen wird, aber auch Personengesellschaften, Unternehmen, also, trifft, also hier könnte man auch rückwirkend die Aussetzung idealerweise ganz vorziehen und dann, auch das hat der Kronberger Kreis schon 2018 vorgeschlagen, doch dringend anraten, über das Thema „Patent und Lizenzboxen“ nochmal nachzudenken. Momentan kriegen wir da auf der OECD-Ebene keine Einigung, daher hilft, was alle anderen Länder nutzen, dieses Instrument, um Lizenz und Patent einen Namen in ihrem Land zu vereinnahmen. Wir sind da bisher sehr zurückhaltend geworden. Solange es da OECD-weit keine Einigung gibt, würde ich anregen, das nochmal zu nutzen. Stromsteuer wurde auch schon erwähnt. Auch das ist letztendlich eine Steuer, auch die sollte man absenken und

wenn wir ein bisschen langfristiger denken, wäre eines meiner Lieblingsprojekte immer noch eine, letztendlich dramatische Vereinfachung der Mehrwertsteuer und eine systematische, also eigentlich die Absenkung auf einen Satz und die Ausgleiche, die wir aus sozialpolitischen Gründen brauchen, über andere Maßnahmen zu treffen, als über die Mehrwertsteuer, die sehr ungenau dafür ist. Das wäre der Köcher an Maßnahmen, den ich jetzt vorschlagen würde.

Der **Vorsitzende**: Danke. Als nächstes Herr Janecek bitte von den GRÜNEN.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Präsident, ich bin dezidiert der Meinung, und da habe ich auch einen Widerspruch zu Ihnen, Professor Felbermayr und sicherlich auch zum Wirtschaftsflügel der Union, dass wir in der Krise jetzt transformativ investieren sollten, und zwar sehr, sehr stark, denn wenn wir jetzt sehr, sehr viel Geld in die Hand nehmen, wir reden vielleicht von 100 Milliarden Euro, dann müssen wir das jetzt nutzen, um auch Klimaschutz, Zukunftsfähigkeit, Technologien nach vorne zu bringen und nicht einfach nur das zu konservieren, was wir bisher haben. Heute haben wir das Lufthansapaket, morgen reden wir über Kaufprämie Automobilindustrie, das ist momentan noch nicht sehr transformativ, was da vorliegt. Deswegen die Frage an Professor Dr., nicht Professor, sondern Dr. Graichen, vielleicht nochmal Professor demnächst, weiß ich nicht (lacht), wie Sie sich so einen Neustart in der Industrie und in der Wirtschaft vorstellen. Ich habe trotzdem auch noch eine kurze zweite Frage an Professor Haucap: Kinderbetreuung, Geld für Familien jetzt von Olaf Scholz, 300 Euro, was ist der richtige Weg? Ist es nicht viel besser, jetzt evidenzbasiert Schulen und Kitas zu öffnen, damit wir auch wieder arbeiten können und damit die Kinder endlich auch wieder sich treffen können.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Graichen, Sie sehen, der Bundestag fördert die wissenschaftliche Karriere. Bitte.

SV **Dr. Patrick Graichen** (Agora Energiewende): Ja, vielen Dank. Mal gucken, ob das noch ein Teil meines Lebenslaufs wird. Also ja, es ist ja nur scheinbar richtungsfrei, wenn man jetzt sozusagen



allgemein fördert. De facto zementiert es die bestehenden Strukturen, und die bestehenden Strukturen sind nicht zukunftsfest. Also, eine Abwrackprämie, die jedes Auto fördert, baut sich das nächste Problem, das da nämlich lautet: 2030er Klimaziel, muss die Bundesregierung dann 60 Milliarden an Strafzahlungen zahlen? Wir haben es ja vorgerechnet. Wenn man die Klimaschutzziele im Gebäude und Verkehr nicht einhält, das heißt, hier zahlt man erstmal 5 Milliarden für eine Abwrackprämie und dann nochmal 60 Milliarden an Strafzahlungen für nicht erreichte Klimaziele. Das ist Unsinn. Und insofern ist jetzt tatsächlich angesagt, sozusagen zu gucken, wie kann ich gleichzeitig die andere Herausforderung mitdenken. Und die Stahlindustrie läuft ja rum und sagt, gebt uns bitte die Möglichkeit, jetzt in Direktreduktionsanlagen zu investieren. Die wollen ja gar nicht mehr den klassischen Hochofen. Die Chemieindustrie weiß auch, dass die Dekarbonisierung ansteht, da geht es jetzt um Methanpyrolyse und da geht es um die Frage, wie kann ich einen elektrischen Steamcracker hinkriegen? So, das sind jetzt genau die Themen, wo man dann gemeinsam gucken muss, mache ich das jetzt über eine Investitionszulage, mache ich das über eine erleichterte Abschreibung, aber definitiv nicht, indem ich einfach nur sozusagen sage, das machen wir richtungsfrei.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Haucap.

SV Prof. Dr. Justus Haucap (hhu, DICE): Herr Janeczek, Sie wissen, dass wir da absolut an einem Strang ziehen. Ich unterstütze das voll und ganz, was Sie sagen. Die momentane Politik hat Kosten a) für die Kinder, die nicht genug berücksichtigt werden, b) faktisch für die Mütter, für junge Eltern und auch für die Wirtschaft tatsächlich, weil gerade kleine und mittlere Betriebe kaum vernünftig planen können, wann junge Eltern denn wohl wieder zu geregelter Arbeit bei ihnen übergehen. Für große Betriebe ist das vielleicht managebar, für Kleinbetriebe ist das total schwer. Die wissen noch nicht einmal, ob im August/September ihre Arbeitgeber, die Eltern sind, irgendwie wieder vernünftig arbeiten können. Also es hat auch wirtschaftliche Konsequenzen. Nicht nur für die Kinder und Eltern, auch wenn das noch wichtiger ist.

Der Vorsitzende: Danke. Kollege Mohrs bitte.

Abg. Falko Mohrs (SPD): Ja, Dankeschön, Herr Vorsitzender. Ja, irgendwie reizt es mich ja fast, was zu Professor Eilfort und seinen Einlassungen zu Europa zu sagen. Ich sag mal, die Bedeutung der Importnation Deutschland oder andersrum, Europa für Deutschland, Fragen wie Solidarität oder Verantwortung lassen wir mal außen vor, aber anders als andere will ich lieber Fragen stellen und die gehen in dem Fall jetzt an Professor Südekum. Ich würde zwei Fragen ansprechen wollen, die Sie in Ihrer Stellungnahme ja bereits thematisiert haben. Das eine knüpft an meinen Kollegen Ulrich an, die Frage der kommunalen Bedeutung und gegebenenfalls eben auch kommunaler Hilfsprogramme und der Altschuldenthematik. Für die Kommunen, da würde mich nochmal interessieren, wie oder die Bitte, das auszuführen, was Sie in Ihrer Stellungnahme dort angerissen haben. Und das zweite bezieht sich nochmal auf die Frage von Existenzgründern und Startups, ja auch ein Thema, was Sie kurz angerissen haben über das, was jetzt ja als Sofortprogramme in Höhe von 2 Milliarden vorgesehen ist, vielleicht können Sie nochmal sagen, wo weitere Ansatzpunkte aus Ihrer Sicht dort wären.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Südekum bitte.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (HHU): Ja, vielen Dank, Herr Mohrs, für die Frage. Zunächst zum Thema Kommunal Finanzen. Es ist von entscheidender Bedeutung, weil wir eben wissen, dass ein Großteil, fast zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen, von den Kommunen getätigt werden. Das heißt, wenn jetzt die Wirtschaftskrise über wegbrechende Gewerbesteuerereinnahmen, über steigende Ausgaben, zum Beispiel im Grundsicherungsbereich, auf die Kommunal Finanzen durchschlagen, dann wird es dort einen Spardruck geben und die einzige Stelle, wo sich das entladen kann neben einer Kürzung von Sozialinitiativen, Jugendinitiativen und so weiter, ist dann eben ein weiteres „Auf-die-lange-Bank-schieben“ von kommunalen Investitionen, was verheerend wäre und was im Prinzip genau entgegengesetzt zu dem verläuft, was wir wirklich brauchen, denn das ist ja eben eine Steigerung der Investition. Insofern ist Kommunal Finanzen ein ganz entscheidender Punkt bei der Gestaltung des Paketes und die Vorschläge, die zum Beispiel von Olaf Scholz auf den



Tisch gelegt wurden, halte ich da für sehr vernünftig, dass man zum einen sagt, in der ersten Säule ein Wegbrechen der Gewerbesteuerentnahmen, das muss kompensiert werden, das kann nicht eine einzelne Kommune alleine machen, das muss in dem Sinne Bund und die Länder als Versicherung so gesehen einspringen, um diesen Wegfall zu kompensieren. Zum anderen ist aber, und das ist auch klar, eine große Investitionsbremse in vielen Kommunen eben die drückende Altschuldenbelastung, insofern sollte man aus meiner Sicht in diesem Kommunalpaket die beiden Dinge miteinander kombinieren und das ist auch insofern elegant, weil eben die erste Säule bei den Gewerbesteuern, das hilft insbesondere den sehr steuerstarken Kommunen in Süddeutschland, während die Altschuldenproblematik vielen Kommunen in Westdeutschland, NRW, Rheinland-Pfalz hilft. Dass das gemacht werden muss, war ohnehin klar. Es ist jetzt nur noch eine Frage, wer tut es? Tut es der Bund, tun es die Länder, ich denke, am Ende ist es das Wichtigste, dass dort ein Fortschritt erzielt wird, und dass dort ein Kompromiss kommt. Also, das hat für mich eine der allerhöchsten Prioritäten. Und ganz kurz zum Thema Startups. Da kann ich vieles bestätigen, was Kollege Haucap, der ja neben mir sitzt, auch gesagt hat. Die Startups fallen so ein bisschen durch die Fördermaßnahmen, die wir ja angeschoben haben, ein bisschen raus, ja. Verlustrücktrag bringt für die nichts, weil man erstmal keine Gewinne macht auf absehbare Zeit. KfW-Kredite, sich da vollzusaugen, ist für viele Startups nicht möglich, insofern ist dort aus meiner Sicht vor allem erstmal ein wichtiges Bekenntnis, dass die Startups-Förderung weiterläuft, auch wenn viele Startups jetzt vielleicht scheitern sollten, was vermutlich nicht ganz zu verhindern ist, dass die Startups-Förderung auch in Zukunft dann weiterläuft und auch skaliert wird nach oben, denn wir wissen ja, bei vielen Startups, dass das größte Problem weniger in dieser Frühphase liegt, sondern letztendlich auf der Wachstumsphase. Ich denke, da ist vor allem auf europäischer Ebene ein europäischer Kapitalmarkt für Startups, für Venture Capital, für Wachstumskapital vor allem, erforderlich, und das ist ein Thema, was gesamteuropäisch angegangen werden sollte und da muss ich auch sagen, da habe ich mit den Vorschlägen, die Herr Eilfort gemacht hat, auch meine Schwierigkeiten. Ich denke, das ist ein

klassisches Beispiel für ein europäisches Programm, für ein europäisches Gut, was dann eben auch letztendlich auf der zentralen europäischen Ebene vernünftig finanziert werden sollte, zum Beispiel über gemeinsame europäische Anleihen, wie sie ja von Frau Merkel und Emmanuel Macron jetzt vorgeschlagen wurden.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Als nächstes Herr Bleser bitte von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. Peter Bleser (CDU/CSU): Danke für's Wort. Ich würde Herrn Dr. Treier gerne befragen und den Professor Eilfort. Wir haben jetzt die Pandemie, ich sag's mal, was Hilfen angeht, weitgehend aus dem Kopf und wir reden jetzt über ein Konjunkturprogramm mit dem Ziel, Beschäftigung zu sichern und vielleicht sogar zu steigern. Ich hätte deswegen die Frage, wie schätzen Sie es ein, wie sollen wir dieses Konjunkturprogramm ausrichten? Sehen Sie Strukturfragen wie eine leistungsfähige IT-Struktur in Deutschland, aber auch in ganz Europa, also 5G und Breitband mit sicheren Leistungen? Die Energiewende anzureizen, glaube ich, ist auch sinnvoll und auch die Forschung in den Unternehmen, die jetzt Leute in Kurzarbeit schicken, kann man auch dort einsetzen. Welche Anreize würden Sie setzen oder welche Anreize empfehlen Sie uns, sowohl national wie europäisch zu setzen? Weil die Entscheidungen stehen jetzt an.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Treier mit der Bitte, die Frage zu teilen.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Ja, Dankeschön. Also, wir sind beim Thema der Überbrückungskredit und der Phase 1, sind wir auch noch nicht hinaus und in unserer Lesart würden wir unter dem Label Konjunkturprogramm durchaus die Unterstützung der Unternehmensstruktur, so wie wir sie gewohnt sind, die auch zukunftsfest ist, mit berücksichtigen. Wir haben gerade gehört, Unternehmen saugen sich mit KfW-Kredit voll. Das ist ja auch ein Problem. Die laufen nämlich dann teilweise in die Überschuldung rein. Und deswegen ist jetzt Eigenkapital Thema. Wir haben, das Stichwort ist kurz genannt worden, Überbrückungshilfen für die mittelständische Wirtschaft. Also im Raum steht bis zu 249 Beschäftigten,



Fixkostenzuschuss, Verlustverrechnung, jetzt gehen wir schon stärker rein in die Frage auch der Eigenkapitalstärkung, europäisch Wagniskapitalfonds, das wäre eine Aufgabe. Wir überfordern im Moment den Staat, sowohl mit Krediten, aber auch, wenn wir den Wirtschaftsstabilisierungsfonds sich ansehen. Also, die Frage zu stellen, wie können wir privates Kapital wieder anreizen? Pensionskassen sind teilweise voll, Lebensversicherer, die haben Liquidität, die suchen so eine Anlage, also hier über eine, und am besten europäisch, Public Private Partnership sozusagen. Also europäische Lösung, Fondslösung, die sind jetzt den Schweiß des Edlen wert. Und dann in die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen reingehen, steuerliche Abschreibungsbedingungen, Anhebungen geringwertiger Wirtschaftsgüter, also in den Bereichen können wir viel machen, und das muss gar nicht so viel mehr kosten. Ein letztes zu Europa: Wir sehen die Notwendigkeit zu dem, was Herr Eilfort gesagt hat, alles richtig. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch diesen großen Absatz, aber auch Zuliefermarkt Europa, um es mal wirtschaftlich zu betrachten, und hier sind Maßnahmen. Und wenn man die projektbasiert und temporär, so coronabedingt mit Rückgriff auf die Ideen des Merkel-Macron-Vorschlags, da kann man was draus machen. Aber es muss konkreter und spezifischer sein.

Der Vorsitzende: Herr Eilfort, eine Minute.

SV Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft): Ja, Europa als Stichwort, wir sind natürlich solidarisch und es ist auch noch kein deutscher Sparer auf die Straße gegangen und hat dagegen demonstriert, dass über die Niedrigzinspolitik, die vornehmlich anderen Ländern hilft, auch den deutschen Haushalt entlastet natürlich, dass darüber die eigenen Nachteile nicht mitgetragen werden, die jedes Jahr auf den Abrechnungen der Lebensversicherungen, der Riesterverträge und so weiter, absehbar sind. Also das, was da nicht kommt. Aber zu dem Hauptpunkt Anreize. Der Staat muss da was tun, wo er handeln kann und wo die einzelnen Unternehmen überfordert sind, also Rahmenbedingungen setzen, Angebote schaffen und der Schwerpunkt ist einfach, und das hat sich in dieser Corona-Pandemie gezeigt, da sind wir in Deutschland ein paar Jahre zurück. Digitali-

sierung, Innovation, aber vor allem Digitalisierung, es kann nicht sein, dass Bundesministerien ihre Mitarbeiter ins Homeoffice schicken und die keine Geräte haben, um von dort aus zu arbeiten, sondern dass denen einfach gesagt wird, ihr haltet euch zur Verfügung. Es kann nicht sein, dass in kommunalen Bauämtern und Grundbuchämtern die Leute zu Hause bleiben, aber nicht die Ausstattung haben, um dann die Anträge weiter zu bearbeiten und vieles liegen bleibt.

Der Vorsitzende: Herr Holm, AfD, bitte.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde in dieser Runde ganz gerne nochmal ausloten, wie weit wir finanziell eigentlich mit den Hilfen gehen können. Es ist ja sehr viel Steuergeld, was wir jetzt in den Topf werfen für verschiedene Hilfsmaßnahmen, für ein Konjunkturpaket möglicherweise. Die Frage an Professor Otte, wie weit kann's hochgehen mit den Schulden und wie bauen wir dann die geschickt auch wieder ab über die Zeit? Zweite Frage bitte an Professor Felbermayr, und zwar jetzt Blick Richtung Ausland. Italien, hier erwarten wir einen massiven Aufwuchs der Schuldenquote, ganz klar. War vorher natürlich das Problem schon da, jetzt wird es aber nochmal stärker, auch durch Corona, wenn der Zähler steigt und der Nenner sinkt, dann steigt die Schuldenquote natürlich dramatisch. Wir erwarten 2021 170 Prozent. Was hat das für uns für Implikationen in Deutschland und auch in der Eurozone? Wie kann man dieses Problem dann überhaupt noch angehen? Das ist ja nicht mehr tragfähig dann, so eine Schuldenquote.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Otte bitte.

SV Prof. Dr. Max Otte (Unternehmer, Investor und Philantroph – Ehemaliger ordentlicher Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und-diagnose an der Universität Graz, ordentlicher Professor a.D. für internationale und allgemeine BWL an der Hochschule Worms): Also ich stimme Herrn Felbermayr zu, dass wir noch in der Krise sind, dass wir auch mehr innovative Beihilfen brauchen, mehr oder weniger Gießkanne, damit wir erstmal durchkommen, also Kostenzuschüsse, Fixkostenzuschüsse, vielleicht sogar Umsatzausfallkompensation, das hat Herr



Stelter auch vorgeschlagen. Da müssen wir richtig ran über ein paar Monate, die Kredite waren da falsch zum Teil, weil die ja später trotzdem zu einer Kreditdeflation führen könnten, zu Einsparungsmaßnahmen, wir müssen direkte Zuschüsse machen und dann könnte es sein, dass mit den ganzen Investitionsprogrammen und so weiter unser Schuldenstand um 30 Prozent des BIP steigt. Ich habe das natürlich nicht genau durchgerechnet, aber es wird eine signifikante Summe. Wir haben in den letzten 10 Jahren kaum ein so schädliches Dogma in der Wirtschaftspolitik gehabt, wie die schwarze Null für Deutschland. Vielleicht noch die Euro-Rettung. Es wird also massiv in weitere Verschuldung gehen. Die Südländer in der Euro-Zone machen das auch. Das heißt wiederum, es wird irgendwann auf eine Monetisierung der Schulden hinauslaufen, auf eine Schuldenstreichung. Und da schlage ich einen europäischen Schuldentilgungsfonds vor, der allerdings 75 Prozent oder 70 Prozent des BIP jedes Landes dann erlässt. Also, damit auch die Guten belohnt, die sparsamer waren, dass im Prinzip Sparsamkeit belohnt wird, aber nichtsdestotrotz Mittel zur Verfügung stehen. Wir werden nicht aus diesen Schulden rauskommen durch normale Maßnahmen. Das möchte ich zum Schluss noch mit Erkenntnissen von Ray Dalio, der auch Praktiker ist, 150 Milliarden verwaltet, der 38 Schuldenkrisen studiert hat, gesagt hat, man braucht eine Mischung aus inflationären und deflationären Maßnahmen, und da wird Schuldenstreichung dazugehören nach dieser Krise. Ich sehe keinen anderen Weg daraus.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Felbermayr.

SV Prof. Dr. Gabriel Felbermayr (IfW Kiel): Ja, Thema Italien, in der Tat, wir müssen davon ausgehen, dass der Schuldenstaat massiv ansteigt noch in Italien. Die Frage ist, ist das in der, ist das kurzfristig erträglich und die Antwort ist ja, solange die Europäische Zentralbank mit ihren liquiditätsstützenden Maßnahmen weiter das tut, was sie angekündigt hat, deswegen ist da, glaube ich, kurzfristig keine große Sorge, aber langfristig werden wir uns fragen müssen in der Euro-Zone, wie wir mit dem Schuldenstand, mit dem Legacy sozusagen, den ererbten hohen Schuldenständen umgehen, und ich glaube, da werden wir auch

nach der Krise kreativ drüber nachdenken müssen, was man da macht, ob ein Schuldenschnitt erforderlich ist in der ein oder anderen Form, das glaube ich in der Tat. Wie man das administriert, darüber müssen wir streiten, aber wir werden sicherlich nach der Krise hier ganz neu über die hohen Schuldenstände in der Euro-Zone nachdenken müssen.

Der Vorsitzende: Danke. Kollege Westphal bitte.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage an Dr. Gärber. Wir haben ja viel über Transformation gesprochen. Die Frage ist ja, brauchen wir dafür einen Eigenkapitalfonds, der Unternehmen dann in die Lage versetzt jetzt mit diesem Liquiditätsabschluss, den wir da haben, überhaupt diese Transformation zu organisieren und zu gestalten. Und das zweite ist, wie kriegt man diese Brücke organisiert? Ich meine, angekommen in der Realität, wer jetzt Autos produziert, die mit Verbrennungsmotoren arbeiten, wird nicht morgen voll umstellen auf Elektro. Das heißt, wie kann man diese Brücke organisieren? Natürlich den Fokus auf klimafreundliche Technologien und Innovationen, aber irgendwie müssen wir die Brücke organisieren und wie kriegen wir Beschäftigung erhalten und trotzdem den Modernisierungsprozess organisiert?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Gärber.

SV Dr. André Gärber (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.): Ich darf anfangen mit der Brücke. Gerade was Verbrenner anbetrifft. Meine Lösung ist, und da gibt es ja die zwei großen Streitpunkte, die man hat, erstens, autonomes Fahren oder eben manuelles Fahren, Individualverkehr, und das zweite ist, selbst zu besitzen oder eben zu teilen. Das ist also eine neue Art von Mobilität. Und hier geht es um die Mobilitätsdienstleistungen, und wenn man das sagt und deutlich macht auch, dass der ÖPNV gefördert werden soll, kann man durchaus auch was für unsere deutschen Autoproduzenten machen. Das wäre für mich eine Brücke, um bestimmte Ausnahmefälle dann eindeutig zu reduzieren. Zweitens, mit dem Eigenkapitalfonds, was Unternehmen anbetrifft und ich habe da das meiste geteilt, was die steuerlichen Fragen anbetrifft, mit Verlustvorträgen und dergleichen, Eigenkapitalaufbau bei Unternehmen, hier geht es,



glaube ich, vor allen Dingen um KMUs und Start-ups, da habe ich ja meinen Vorschlag formuliert, dass wir da tatsächlich auf europäischer Ebene einen Venture-EU-Fonds aufbauen sollten und in Deutschland eben einen sogenannten Staatsfonds, der das machen würde und damit eben auch die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen dann deutlich verbessern könnte. Ich möchte aber noch einen Punkt sagen zu den Kommunen, wenn ich darf. Jens Südekum hat es erwähnt. Für mich war ein wichtiger Punkt, der noch gefehlt hat bei der großen regionalen Strukturförderung, nämlich, wer bestellt, bezahlt, das ist das Konnexitätsprinzip, das heißt, wenn der Bund Aufgaben auf die kommunale Ebene überträgt, wie zum Beispiel die Kosten der Unterkunft, dann soll er auch dafür dann zahlen. Und das würde die Kommunen deutlich besser machen und wir haben einen indikatorengestützten Disparitätenbericht entwickelt als Ebert-Stiftung, und auch hier wird ganz deutlich, wir müssen die unterschiedliche regionale Entwicklung ungleich behandeln. Das heißt, wir haben in Deutschland mittlerweile 5 große Regionen, prosperierende Großstädte, aber eben mit Gentrifizierungstendenzen, wir haben ein starkes Umland, wir haben eine starke Mitte, aber wir haben dann eben den großen ländlichen Raum, vor allen Dingen in Ostdeutschland und die Mittel- und Großstädte im dauernden Strukturwandel, und hier müssen wir eben indikatorengestützt endlich mal versuchen, auch die Ungleichheit, die regionale, dann abzubauen. Und noch ein letztes Wort auch zur, ich muss auch für den Herrn Eilfort antworten, auch wenn wir an Europa glauben, das große Problem ist ja, dass wir keine Wirtschafts- und Währungsunion haben, sondern bestenfalls eine europäische Geldpolitik, aber keine Art von europäischer Fiskalpolitik. Und jetzt wäre es mal die Möglichkeit, Einnahmen zu schaffen auf europäischer Ebene, um die Abhängigkeit von der Schacherei der Nationalstaaten abzubauen durch eine Einführung, zum Beispiel einer europaweiten CO₂-Steuer und so weiter, da gibt es sehr viele Beispiele und da muss ich schon betonen, also dass wir dann den Südländern immer helfen wollen, Sie müssen sich mal angucken, was Italien geschafft hat. Die haben einen fortlaufenden Primärüberschuss geschafft, das heißt, sie haben mehr staatliche Einnahmen als Ausgaben generiert. An was sie leiden, sind die großen Altschulden. Und da muss man doch mal deutlich sagen,

dass auch die Südländer es verstanden haben, Primärüberschüsse zu erzeugen. Ich bin etwas abgefallen.

Der Vorsitzende: Recht herzlichen Dank. Herr Rouenhoff bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Dankeschön. Meine erste Frage geht an Herrn Professor Dr. Felbermayr. Und zwar geht es um die Automobilindustrie. Wir hatten ja heute schon gehört, dass in dieser Runde hier branchenspezifische Forderungen nicht der richtige Weg sind. Jetzt wird aber auf anderer Seite gesagt, dass die deutsche Automobilindustrie inklusive der Zulieferer so wichtig ist, dass hier am Ende doch was getan werden muss. Meine, und in dem Zusammenhang wird aber immer wieder auch auf die Streueffekte hingewiesen, weil natürlich viele Automobilhersteller dann profitieren würden, die jetzt nicht aus Deutschland stammen. Meine Frage an Sie: Wie schätzen Sie diesen Sachverhalt ein, auch mit Blick auf die Zulieferer? Und die zweite Frage geht an Herrn Dr. Treier. Wir sind ja gerade in der Diskussion über die Änderung der Außenwirtschaftsverordnung mit Blick auf die EU-Screening-Verordnung, also die Umsetzung der EU-Screening-Verordnung. Mich würde interessieren, ob Sie hier durch die strengere Überprüfung von Unternehmensübernahmen eine Gefahr sehen für Investitionen am Standort Deutschland oder Sie am Ende sagen würden, nein, das hilft eigentlich der deutschen Wirtschaft, weil hier Unternehmen Zukunfts-, also Unternehmen mit Zukunftsperspektive bzw. in strategischen Sektoren davon profitieren. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Felbermayr bitte.

SV **Prof. Dr. Gabriel Felbermayr** (IfW Kiel): Ja, vielen Dank, Herr Rouenhoff. Ich bin nicht für eine Abwrackprämie. Das habe ich auch mehrmals öffentlich gesagt. Wir haben schon ein Anreizsystem für die sauberen Autos, 6 bis 6 000 Euro, das steht schon. Ich glaube auch nicht, dass wir da ein Kaufkraftproblem haben. Wer nach einem Leasingangebot sucht heute, der findet super Konditionen. Auch die Massenkaukraft wäre eigentlich da. Das ist also, glaube ich, nicht das Problem. Dann haben Sie angesprochen, wir haben hohe Importquoten, deutsche Autos



werden im Ausland hergestellt und dann in Deutschland verkauft. Die würden also im Ausland die Beschäftigung sichern mit diesen deutschen Steuermitteln. Dazu kommt, dass aber auch umgekehrt die Exportquote extrem hoch ist, das heißt, große Produktionsanteile in Deutschland profitieren gar nicht von der Absatzförderung in Deutschland, weil die Autos ja ins Ausland gehen. Also, nein, aber das heißt nicht, dass man nicht auch für die deutsche Automobilindustrie etwas tun muss, aber das gilt dann im Prinzip für alle, auch, nicht, ich glaube, dass Investitionsförderung auch hier hilft, die Automobilindustrie ist in dem technologischen Wandel, sie müssen umstellen, deswegen transformativ ja, natürlich, auch die Automobilindustrie wird die Anreize, die wir geben, wenn sie mehr investieren, so tun, so einsetzen, dass das zusammenpasst mit den Dekarbonisierungsplänen. Wir können auch mit diesem vorgeschlagenen Ersatz der Betriebsüberschüsse den Unternehmen Spielräume geben, dass sie zum Beispiel Preissenkungen machen. Aber eine Abwrackprämie, die wäre, glaube ich, ökonomisch nicht sinnvoll. Sie wäre, wenn wir funktionsfähige Autos abwracken, das ist auch ökologisch, sozusagen, wirklich absolut unsinnig, deswegen die allgemeinen Regime so einstellen, dass sie auch und gerade der Automobilindustrie helfen, aber keine speziellen Programme für die Kfz-Industrie.

Der Vorsitzende: Herr Treier, eine Bemerkung, eine halbe Minute bitte, weil sonst haben wir die Tendenz, bei zwei Fragen weiten wir die Zeit aus.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Das Außenwirtschaftsgesetz sollte nicht Corona-bedingt verändert werden, sondern ein Gesetz sollte sozusagen für alle denkbaren Szenarien gemacht werden so, dass es gut ist. Die jetzt angegangenen Veränderungen führen nicht dazu, dass der Investitionsstandort Deutschland oder die Investition in deutsche Unternehmen per se gefördert werden. Das ist eher negativ zu beurteilen, auch wenn in der Intention der Begründung, warum man es ändern will, ein richtiger Ansatz steht. Der ist aber über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon gegeben.

Der Vorsitzende: Danke. Frau Weeser, FDP.

Abge. Sandra Weeser (FDP): Ja, Dankeschön. Ich würde gerne meine Frage in der gleichen Konstellation teilen. Herr Professor Felbermayr, Sie haben eben richtigerweise gesagt, die Unternehmen brauchen Liquidität. Eine übergreifende oder branchenübergreifende Maßnahme ist ja zum Beispiel, Betriebsüberschüsse staatlich ersetzen. Jetzt frage ich mal ganz ketzerisch, wie stehen Sie denn dann zum WSF, weil der ja sehr speziell Unternehmen aus bestimmten Branchen unterstützt? Das wäre die Frage an Sie. Und Dr. Treier, Sie würde ich nochmal fragen nach der Bedeutung des internationalen Handels. Sie haben über gestörte Lieferketten eben gesprochen und im Moment ist ja so die Forderung nach der Diversifizierung von Lieferketten und dass wir uns mehr auf den deutschen und europäischen Binnenmarkt zurückziehen sollten. Welche Aufgaben kommen denn dann auf die deutschen und europäischen Unternehmen zu, aber auch auf die Politik? Gerade jetzt vor dem Hintergrund, dass Herr Heil ja unser Lieferkettengesetz auf den Markt bringen will. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Felbermayr.

SV Prof. Dr. Gabriel Felbermayr (IfW Kiel): Ja, vielen Dank, Frau Weeser. Ja, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, den sehe ich wirklich nur als Backstop, also wenn es wirklich nicht anders geht. Und ich denke, wenn wir ein Modell hätten, ein Programm hätten, das wegbrechende Betriebsüberschüsse ersetzt, dann müssten wir jetzt auch nicht ein Lecks Lufthansa in die Welt setzen. Dann würde nämlich auch die Lufthansa von dem Modell profitieren, genauso, wie das ein Kleinunternehmer täte, rechtsformneutral, größenneutral, branchenneutral. Das wäre so aus volkswirtschaftlicher Perspektive viel besser. Wir werden Diskussionen bekommen, wer jetzt noch alles gerettet werden muss und jedes Unternehmen, das sozusagen über ein hinreichend großes Sprachrohr verfügt, wird sich als sozusagen systemrelevant darstellen. Und wenn es groß genug ist, ist es auch sozusagen Arbeitsmarkt und so weiter wichtig. Deswegen habe ich Sorge, dass wir mit diesem Stabilisierungsfonds hier Strukturen schaffen, die sehr diskriminierend sind, gut für die Großen, der Mittelstand und die kleinen Unternehmen, die profitieren davon nicht.



Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Treier.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Ziel sollte unseres Erachtens sein, die internationale Arbeitsteilung zu erhalten, wenn möglich, sogar auszubauen. Wir erleben gerade das Gegenteil, und zwar bei nationalen Politiken, und das haben wir schon vor der Krise, aber die Krise verschärft das nochmal, eine Nationalisierung der Antworten auf die Probleme der Zeit zu finden und internationale Kooperation, die vorab mal verabredet wurde, hintenanzustellen. Das heißt nicht, dass die Form der Veränderung von Lieferketten, die jetzt natürlicherweise aus Gründen dieses Schocks passieren, dem neue Argumente geben, sondern die sind einfach eine Veränderung, das ist eine, vielleicht eine von just-in-time- zu einer just-in-case-Aufstellung von Lieferketten gibt. Just-in-case, das heißt, man sichert sich ab, man diversifiziert in unseren Umfragen sind schon 17 Prozent der Industrieunternehmen, die sagen, ich suche mir neue Lieferanten, weil das, die Erfahrung der letzten Wochen will ich mir nicht nochmal leisten können, das ist auch richtig so, das würde auch mit Kosten einhergehen, und wir erleben auch 9 Prozent der Industriebetriebe, die sagen, wir haben jetzt mal ausgelagerte Produktionsbereiche, die wir wieder zurückholen. Das mit guten Standortbedingungen zu unterlegen und zu befördern, das ist ein richtiges Anliegen eines jeden Wirtschaftsbereichs und wir sollten diese Chance nutzen, aber ich warne davor. Ein Beispiel: Die Japaner geben jetzt laut Angaben unserer Handelskammer in Tokio 2 Milliarden Euro aus, um solche Reshoring-Aktivitäten gerade zu befördern. Und in diesen Wettbewerb sollten wir nicht einsteigen, vielmehr sollten wir mit Instrumenten, zum Beispiel Euler Hermes, Warenkreditversicherungen, die Lieferketten aufrechterhalten und durch internationale Handelspolitik, die internationale Kooperation erhalten bzw. beschleunigen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Lenz bitte.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Eilfort und nochmal an Herrn Felbermayr. Ich beginne vielleicht diesmal mit Herrn Eilfort. Wir haben ja über die kommunalen Hilfen gesprochen, jetzt gibt es ja eigentlich verfassungsmäßige

Ebenen in Deutschland und auch andere Möglichkeiten der Unterstützung. Vielleicht könnten Sie die aufführen. Es ist ja nicht so einfach, dass man einfach Gewerbesteuerausfälle auf der einen Seite kompensiert und auf der anderen Seite die Schulden letztlich von Bundesseite bedient. Wir haben ja auch sowas wie eben eine Verfassung. Sie haben ja auch Subsidiarität vorher genannt. Also welche anderen Möglichkeiten sehen Sie? An beide, und an Herrn Felbermayr noch zusätzlich, wir sehen ja schon vor der Krise einen Rückgang des Welthandels. Also wie sehen Sie die Zukunft der Globalisierung und auch die Frage damit verbunden der zukünftigen Lieferketten, gerade auch im Hinblick auf Deutschland als starke Exportnation. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Eilfort bitte.

SV **Prof. Dr. Michael Eilfort** (Stiftung Marktwirtschaft): Danke für die Frage. Ja, das Thema Kommunen ist jetzt schon ein paar Mal angeklungen und das kann man auch nicht häufig genug betonen, weil da entscheidende Dinge passieren, auch Investitionen, insofern gibt es Vorschläge auch für die Kommunalfinanzen, wie man die Kommunalfinanzen, die Volatilität der Gewerbesteuer zeigt sich jetzt wieder, auch stetiger gestalten kann und wie man den Anreiz für die Kommunen, Arbeitsplätze anzusiedeln und zu erhalten und zu fördern, auch erhöhen kann. Die kommunale Seite hat vielleicht in den letzten Jahren, als die Gewerbesteuer sprudelte, auch ein bisschen zu wenig darüber nachgedacht, in solche Diskussionen einzutreten. Das müssen wir jetzt tun. Wir müssen auch über die Hinzurechnung, die gewerbesteuerliche Hinzurechnung reden, denn es ist absurd, wenn die Kommunen zu Recht beklagen, dass die Verödung von Innenstädten droht und die Geschäfte schließen, wenn auf der anderen Seite in Zeiten, wo sie keine Erträge haben, auf Mieten die Ladeninhaber Substanzsteuern zahlen müssen. Also da ist vieles zu hinterfragen und jenseits von reinen Geschenken, die verfassungsmäßig sowieso schwierig sind, wie Sie ausgeführt haben, zu Recht aus meiner Sicht, vom Bund direkt an die Kommunen. Letzter Punkt, Altschulden. Die kommunalen Altschulden sind ein Problem, das wir langfristig lösen müssen, ja, aber die Diskussion jetzt zu verquicken mit der Corona-Krise, das ist



ein Stück weit genauso ähnlicher Pandemieopportunitismus, wie bei der Frage des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie. Die Stadt Gelsenkirchen drückt im Moment der Einbruch der Gewerbesteuer, nicht die Altschulden, die sie auch 2019 und 2018 schon hatten. Deswegen, first things first, man muss jetzt den Kommunen helfen bei den aktuellen Dingen und muss sie auf die Beine stellen, damit sie in Zukunft selber und autonomer mehr gestalten können. Das ist, glaube ich, zentral.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Felbermayr.

SV Prof. Dr. Gabriel Felbermayr (IfW Kiel): Ja, ganz kurz zu den Kommunen. Da wurde schon viel Richtiges gesagt. Ich glaube, man kann durchaus auch nach Bayern schauen und nach Hessen, die Lösungen gefunden haben. Das, denke ich, ist der Mühe wert. Welthandel, ich glaube, da mache ich mir Sorgen, auch um die deutsche Position, ehrlich gesagt, wenn ich viele Stellungnahmen und Positionen sehe, die so sehr auf Souveränität und Dinge achten, die jetzt ein bisschen nach Autarkie streben, klingen. Es ist ja nicht so, dass Deutschland vom Ausland abhängig wäre, sondern wir sind alle voneinander abhängig. Und wenn man so will, ist es sogar so, dass das Ausland stärker von Deutschland abhängig ist als umgekehrt. Gerade auch in dem sehr oft zitierten Gesundheitsbereich. In dem Sektor haben wir einen Exportüberschuss von 30 Milliarden Euro. Wenn wir da jetzt beharren würden und alle Länder machen das mit, zu sagen, wir wollen alle Souveränität, wir produzieren immer nur für den eigenen Markt, dann können wir diese 30 Milliarden Euro vergessen. Das ist also keine gute Rezeptur für den deutschen Wohlstand. Deswegen würde ich sagen, eine große Warnung aussprechen. Deutschland mit seiner großen Exportorientierung, auch mit seinen Exportüberschüssen, sollte bitte nicht in diesem Konzert mitmachen und nach Souveränität und, ne, das Wort, das immer dann, Autarkie wird nicht gesagt, aber gemeint wird es dann doch in vielen Bereichen. Das ist ein Konzert, wo wir nicht mitspielen sollten.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Gremmels bitte.

Abg. Timon Gremmels (SPD): Ja, vielleicht nochmal als Ergänzung auf den Vorredner. Man

kann ja zwei Krisen gleichzeitig bearbeiten, das ist ja durchaus spannend, und deswegen würde ich jetzt meine Frage richten an Herrn Körzell und Herr Dr. Graichen, dass Sie vielleicht nochmal ausführen können, ja, ich glaube, dass Sie neben der Corona-Krise, das große Thema, natürlich die Frage der Energiewende und des Klimaschutzes ist. Wie ist denn, vielleicht nochmal ein paar konkrete Vorschläge, ausführen könnten, was Sie sehen, wie man so etwas schlau anstellen kann, um die beiden Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam zu bearbeiten. Vielleicht Herr Körzell, Herr Dr. Graichen, in der Reihenfolge.

Der Vorsitzende: Herr Körzell bitte.

SV Stefan Körzell (DGB): Ja, wir haben ja ein vorgelegtes Programm. Herzlichen Dank für die Frage, und haben am Montag auch die entsprechende Anhörung hier in diesem Ausschuss dazu gehabt. Einmal der Ausstieg aus der Kohle, der für uns aber gleichzeitig auch heißen muss, dass wir auf einer anderen Stelle wo einsteigen, und da brauchen wir wirklich nachhaltige Schritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energiequellen, sonst haben wir genau das Problem, was wir bei der Photovoltaik haben, bekommen wir auch bei der Windenergie, nämlich dass sie aus diesem Land weggehen wird. In einigen Bereichen haben wir das schon, wenn man im Norden an der Küste sich die Produktionsstätten anguckt. Und das muss auf jeden Fall verhindert werden. Das heißt, wir brauchen auch hier einen mutigen Schritt nach vorne, um das, was eben auch gesagt worden ist, Stahl mit Wasserstoff zu reduzieren, das sind Investitionen, die jetzt anstehen, die werden für 30, 35 Jahre getätigt, da braucht es Entscheidungen und den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energie jetzt, um diesen Wasserstoff auch produzieren zu können. Soweit von mir.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Graichen.

SV Dr. Patrick Graichen (Agora Energiewende): Ja, vielleicht ergänzend. Also das ist zentral, dass man jetzt die Erneuerbaren-Energiegesetz-Novelle, über die da jetzt irgendwie ein Jahr lang gebrütet wurde, das kann man auch jetzt dann vielleicht mal schnell machen und wir wissen ja, 65 Prozent Erneuerbare 2030 heißt, man muss im Prinzip den Ausbaupfad in allen Bereichen verdoppeln. So,



dann machen wir das jetzt einfach mal, weil das sind natürlich Investitionen, die dann kommen, und gerade beim Thema Photovoltaik geht das sehr schnell. Also wenn man da will, hat man die entsprechenden Investitionen nächstes Jahr. Und auch bei Wind wissen wir, wenn man jetzt diese blöde Drehfunkfeuerregelung nun mal endlich löst, dann sind da 2 Gigawatt, die innerhalb von 12 Monaten gebaut werden können. Also, da fragt man sich auch, warum wir diese Hemmnisse nicht schon längst gelöst haben? Jetzt müssen wir es tun, weil man damit Wachstum und Beschäftigung sichert. Das zweite Thema ist tatsächlich nochmal beim Thema Industrie. Da geht es, glaube ich, tatsächlich um den Mix aus steuerlichen Abschreibungen, gerade für Effizienzinvestitionen, und Zuschüsse für innovative Investitionen. Und, also, das Beispiel Stahlindustrie fiel schon, auch die Chemieindustrie steht da jetzt gerade vor der Tür und die wissen, dass diese Herausforderung Klimaneutralität ja nicht weggeht und dass eine Investition ja 30 Jahre hält sozusagen, das heißt, wenn die jetzt das Falsche machen, dann ist das eine Stranded asset. Und insofern da, warum nicht jetzt Beihilferegeln sind jetzt relativ locker, warum nicht da jetzt sagen, ok, da kann man mit einem Zuschuss von bis zu 50 Prozent diese Zukunftstechnologien fördern? Dann sind die auch schnell baubar. Das ist letzten Endes der dritte Punkt. Natürlich müssen wir beim Thema Planung und Beschleunigung und Genehmigungsverfahren und all sowas was tun. Also, das Beispiel der Pop-up-Bikeleanes, das wir jetzt hier, das zeigt ja, dass so ein Ding, das sonst 2 Jahre durch den Verwaltungsprozess in Berlin geht, bis man einen Fahrradweg hat, haben die das jetzt innerhalb von 4 Wochen gemacht. Und mit so einer Logik kann ich natürlich jetzt auch an alle möglichen Investitionen rangehen.

Der Vorsitzende: Als nächstes der Kollege Ulrich von den LINKEN..

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Eine kleine Bemerkung an Professor Eilfort. Ich würde Sie gerne mal einladen, nach Kaiserslautern oder Pirmasens zu kommen, und dann erzählen Sie mal Ihre These, dass die Altschulden kein Problem wären. Die sind so problematisch, dass da nicht einmal Investitionen in eine Parkbank auf dem Friedhof zu finanzieren ist. Deshalb glaube ich,

sollte man da wirklich mal gucken, dass man das Problem mit löst. Meine Frage an Herrn Körzell nochmal, das Thema, weil jetzt der Ministerpräsident von Bayern ja schon wieder von Obergrenzen redet und eine schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse und so weiter, alle Sachverständigen hier sind ja sich eigentlich einig, dass man unheimlich viel investieren müsste. Da stellt sich ja die Frage, irgendwo entweder rückwärts zur Schuldenbremse oder wie finanzieren wir es anders oder sollte man überhaupt darüber nachdenken, jetzt schnell wieder zur Schuldenbremse zurückzukehren. Und die zweite Frage, der Auslöser für den Lockdown war ja eigentlich, dass wir gedacht haben, das Gesundheitswesen wäre nicht in der Lage, die Probleme zu beseitigen. Glauben Sie, dass da auch politische Fehlentscheidungen waren in den letzten 10 Jahren im Gesundheitswesen, die genau diese Einschätzungen vielleicht sogar noch mit hervorgebracht haben?

Der Vorsitzende: Herr Körzell bitte.

SV **Stefan Körzell** (DGB): Also das letzte möchte ich sofort beantworten. Ja, wir sind der Meinung, das Gesundheitswesen ist ein öffentliches Gut. Das muss nicht privaten Kapitalinteressen untergeordnet werden und ich glaube, nach dieser Krise werden wir hier auch ein Überdenken dieser Situation haben. Die Einladung nach Pirmasens empfehle ich auch, ich würde dann das nördliche Ruhrgebiet noch mit einbeziehen, weil es geht darum, sich auch mal Regionen anzugucken, die einen massiven Strukturwandel hinter sich hatten und wie die Verschuldung dort aussieht. Die Kommunen sind die Keimzelle unserer Demokratie. Es wäre fahrlässig, wenn wir sie hängenlassen würden, wir müssen sie unbedingt, das ist auch noch die Antwort auf die Frage, die Sie eben gestellt hatten, Herr Ulrich, es wäre demokratiegefährdend, wenn wir sie hängen lassen würden. Die Frage, wir müssen die Schuldenbremse, der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nicht nur kritisch zu dieser Schuldenbremse gestanden, sondern sie auch abgelehnt. Wir sehen sie als eine Zukunftsbremse an. Wir sind der Meinung, man sollte jetzt keine Obergrenze machen, weil das wäre ein Management by potatoes, rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, wir brauchen jetzt eine wirkliche Investitionsfahrt und ein Konjunkturprogramm, was auch trägt und wir sind auch



der Meinung, dass die Tilgungszeiträume, wie sie jetzt angedacht sind, zu kurzfristig sind. Wenn man von einer Jahrhundertkrise spricht, muss man auch gucken, dass man den Zeitraum, in dem man die Schulden tilgt, entsprechend auch dehnt und größer macht, da sprechen wir davon, dass bis zu 50 Jahre dort angedacht werden sollten. Aber es gehört auch dazu, zur Finanzierung dieser Krise, dass wir am Ende ein gerechtes Steuersystem haben. Der DGB hat in 2017 hierzu schon einen Vorschlag gemacht, das DIW hat entgegengerechnet. 95 Prozent der Steuerzahlenden würden entlastet, 5 Prozent würden belastet, auch mit einem höheren Spitzensteuersatz und ich glaube, dieses Konzept muss man sich nochmal genauer angucken, um auch die gerechte Verteilung der Krisenkosten hier vorzunehmen und wir müssen uns auch der Debatte stellen mit einer Vermögens- und einer Erbschaftsteuer, um diejenigen, die wirklich besser aufgestellt sind in unserer Gesellschaft, auch auf der Kapitalseite, an den Kosten dieser Krise entsprechend zu beteiligen.

Der Vorsitzende: Danke. Kollegin Müller von den GRÜNEN bitte.

Abge. **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hätte zwei Fragen, die erste an Herrn Dr. Graichen. Es ist ja jetzt hier in diesen Gesprächen und durchaus auch in Vorschlägen aus Koalitionsreihen gekommen, dass man jetzt sozusagen die Investitionen im Bereich Klimaschutz doch möglicherweise ein bisschen zurückstellen sollte. Dass das Thema Green Deal auf europäischer Ebene jetzt nicht mehr ganz so wichtig wäre. Was würde das, und da haben Sie sicherlich Berechnungen, denn volkswirtschaftlich für uns bedeuten, wenn wir jetzt sozusagen hier noch länger warten an dieser Stelle? Sie haben ja schon die Strafzahlungen erwähnt, aber was würde das sozusagen auch an volkswirtschaftlichem Verlust bedeuten und auch, was würde das an Verlust an Arbeitsplatzpotential bedeuten an dieser Stelle? Und die zweite Frage an Herrn Südekum. Auch hier ist mehrfach jetzt schon gesprochen über das Thema Nachfrageanreize. Es sind verschiedene Instrumente dazu im Gespräch, da würde mich Ihre Bewertung sowohl der branchenspezifischen als auch nicht spezifischen interessieren und was würden Sie vorschlagen, wäre hier ein geeignetes Instrument.

Der Vorsitzende: Als erstes Herr Graichen bitte.

SV Dr. Patrick Graichen (Agora Energiewende): Ja, das Relevante in dem Kontext ist natürlich die Frage sozusagen, wohin entwickelt sich insgesamt die Weltwirtschaft? Und da hat man zum einen natürlich die Frage, wenn die Klimaherausforderung nicht gelöst wird, haben wir ein großes wirtschaftliches Problem auf dieser Erde insgesamt. Das deutet sich ja jetzt schon an. Der Unterschied, glaube ich, zu früheren Krisen, ist, dass wir jetzt mittendrin stecken im Klimawandel. Also das ist jetzt schon die nächste Dürre und dann werden wir den Rhein runter nicht mehr, BASF hat ja letztes Jahr enorme Probleme gehabt, seine Produkte den Rhein runter zu transportieren, weil Niedrigwasser ist. Und sozusagen in diese Logik laufen wir rein, das wird jedes Jahr schlimmer werden. Das zweite Thema ist aber, die Herausforderung wird eine Antwort haben. Und diese Antwort heißt, klimaneutrale Technologien werden der globale Massenmarkt. Und da ist im Kern die Frage sozusagen, spielen da deutsche Unternehmen vorne mit oder nicht? Und die Herausforderung jetzt beispielsweise Verkehrssektor ist ja ganz klar. Ich meine, dass Tesla jetzt hier in Brandenburg ein Werk baut, ist ja nicht Zufall. Das Herzland des Automobils wird jetzt angegriffen von einem Startup aus Kalifornien, und die ziehen diese Fabrik innerhalb von 2 Jahren hoch, ja, also da ist, da merkt man, dass diese Startup, wir können alles, nicht nur in der Digitalisierung, sondern auch in den Kerntechnologien des Wirtschaftsstandorts Deutschland, tatsächlich bedroht ist. Und insofern kann ich da sozusagen, da nur vor warnen, diese Herausforderung kleinzureden, heißt, die langfristige Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschlands zu gefährden. Also da bin ich mir sehr sicher.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Südekum bitte.

SV Prof. Dr. Jens Südekum (HHU): Ja, vielen Dank, Frau Müller, für die Frage. Es geht ja um Nachfrage, Stabilisierung und nachfragewirksame Instrumente. Zum einen möchte ich sagen, die Investitionsagenda, von der ja viel die Rede war, die hat natürlich sowohl eine angebots- als auch eine nachfrageseitige Funktion. Die angebotsseitige ist



offensichtlich, die Transformation in neue Technologien, aber was wir auch brauchen, ist auf der Nachfrageseite eine Stabilisierung von Erwartungen, ne, es geht, glaube ich, jetzt ganz stark darum, Unternehmen müssen wissen, dass es praktisch wieder einen positiven Ausblick gibt auf die konjunkturelle Situation. Sie müssen daran glauben, dass das Wachstum zurückkommt, und deswegen ist allein die Ankündigung eines großen Investitionspakets schon eine Form der Nachfragestabilisierung und wirkt quasi auch da. Wenn wir jetzt eben sehen, dass auf der Nachfrageseite, ich bin da nicht ganz so optimistisch, es war ja schon von Massenkaukraft die Rede, Verunsicherung ist Gift für Konsumpläne. Wenn ich also Angst habe um meinen Arbeitsplatz oder wenn mein Unternehmen bedroht ist von Insolvenz, dann halte ich mein Geld zusammen und betreibe Vorsichtssparen und was wir brauchen, ist aber gerade, dass der Konsum wieder anläuft, von daher kann ich mir auch vorstellen, temporär begrenzte Konsumanreize, die Abwrackprämie läuft ja nach dieser Logik, die würde ich nun gerade nicht empfehlen, weil die nun eben diese fatalen Nebenwirkungen hat, dass sie bestimmte Technologien zementiert, aber die grundsätzliche Logik, dass man sagt, eine temporäre, zum Beispiel, Steuersenkung im Konsumsteuerbereich, Mehrwertsteuer oder ein temporärer Konsumgutschein, um gerade Vorzieheffekte anzureizen, ist eigentlich konsistent mit der Idee, dass wir es eben auch mit diesem Problem des Vorsichtssparens hat auch mit Zurückhaltung zu tun.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank. Wir sind damit am Ende unserer Anhörung und ich glaube, wir haben interessante Anregungen nochmal er-

neut erhalten für die Debatte, die wir hier zu führen haben. Es sind eigentlich dieselben Debatten, die Sie auch führen. Eine Bemerkung habe ich jetzt allerdings noch zu Ihnen beiden wegen der Abstandsregelung, also, so ganz haben Sie die nicht eingehalten (lacht). Vielleicht versuchen Sie es doch mal mit zwei verschiedenen Kopfhörern (lacht).

SV **Prof. Dr. Justus Haucap** (hhu, DICE): Herr Ernst, wir ziehen jetzt auch in einen Haushalt zusammen.

Der **Vorsitzende**: (lacht) Dann ist das natürlich alles in Ordnung. Dann ist das alles in Ordnung.

SV **Prof. Dr. Jens Südekum** (HHU): Man sollte auch sagen, es war nicht so geplant, es war nicht so, das Setting, wie wir es jetzt haben, war nicht geplant, das lag quasi an technischen Problemen, dass wir nicht gemütlich in jeweils unserer beider Büros sitzen können.

Der **Vorsitzende**: Das habe ich mir schon gedacht, aber Sie sehen, auch Corona verursacht nicht nur Schäden direkt, sondern auch indirekt über die Technik, die man anwendet.

SV **Prof. Dr. Jens Südekum** (HHU): Aber immerhin sitzen wir im Freien.

Der **Vorsitzende**: Das ist nicht immer ganz gut. So, recht herzlichen Dank an Sie alle, kommen Sie gut nach Hause und danke für Ihre Anwesenheit und für die sehr, sehr guten Anregungen.

Schluss der Sitzung: 12:53 Uhr
Eck/Schu/Ka